



Basisdokumente BKB



Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)	3
Depotreglement	8
Bedingungen für die Benützung der Visa Debit der Basler Kantonalbank	11
Bestimmungen der Basler Kantonalbank zur Nutzung von one	18
Bedingungen für die Benützung der BKB-Maestro-Karte	27
Bedingungen für die Benützung der BKB-Bankkarte	30
Bedingungen für das E-Banking	33
Besondere Bedingungen für SEPA-Transaktionen	38
Wichtige Information betreffend grenzüberschreitende Zahlungsaufträge	40
Bedingungen für die elektronische Kommunikation	41
Information an unsere Kundinnen und Kunden – Vermeidung von kontakt- und nachrichtenlosen Vermögenswerten	43
Erläuterungen zur steuerlichen Selbstauskunft	45

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

Ausgabe 2020

Die nachfolgenden Bestimmungen dienen einer klaren Regelung der gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Kunden und der Bank. Vorbehalten bleiben besondere Vereinbarungen. Für einzelne Geschäftsarten gelten ausserdem Sonderbestimmungen der Bank und die jeweiligen Usanzen.

Aus Gründen besserer Verständlichkeit wird im Folgenden ausschliesslich die männliche Schreibweise verwendet, wobei diese auch die Kundinnen der Bank umfasst.

1. Verfügungsberechtigung

Die der Bank bekanntgegebenen Verfügungsberechtigungen gelten ihr gegenüber bis zur ausdrücklichen Mitteilung einer Änderung, und zwar ohne Rücksicht auf anderslautende Registereintragungen und Veröffentlichungen. Sofern ein Konto oder ein Depot auf mehrere Personen lautet, können ohne gegenteilige Vereinbarung die Berechtigten darüber nur gemeinsam verfügen.

2. Legitimationsprüfung und Sorgfaltspflichten

Die Bank hat die Legitimationsprüfung mit der geschäftsüblichen Sorgfalt vorzunehmen.

Schäden oder andere Nachteile, die trotzdem aus dem Nichterkennen von Legitimationsmängeln wie namentlich aus Unterschriften- und Dokumentenfälschung oder Manipulation elektronischer Übermittlungen entstehen, trägt der Kunde, sofern die Bank die Legitimationsprüfung mit der geschäftsüblichen Sorgfalt vorgenommen hat.

Insbesondere besteht keine Pflicht der Bank, vom Kunden oder von einem Bevollmächtigten an die Bank übermittelte Informationen und Instruktionen mit anderen Informationen und Instruktionen des Kunden abzugleichen.

Der Kunde hat seine Bankunterlagen sorgfältig aufzubewahren, damit Unbefugte nicht auf die darin enthaltenen Informationen zugreifen können. Erteilt er Weisungen, so beachtet der Kunde alle Vorsichtsmassnahmen, welche das Risiko von Betrugereien vermindern. Elektronische Legitimationsmittel (inkl. Passwörter und Codes) hält er geheim, bewahrt sie getrennt voneinander auf und befolgt allfällige Sicherheitsempfehlungen der Bank zu den elektronischen Dienstleistungen/Produkten, um Missbräuche zu verhindern. Stellt der Kunde Unregelmässigkeiten fest, teilt er diese der Bank umgehend mit. Schäden, die auf einer Verletzung dieser Sorgfaltspflichten beruhen, trägt der Kunde.

Die Bank trifft angemessene Massnahmen, um Betrugereien zu erkennen und zu verhindern. Verletzt sie dabei die geschäftsübliche Sorgfalt, übernimmt sie den eingetretenen Schaden.

Tritt ein Schaden oder anderer Nachteil ein, ohne dass die Bank oder der Kunde ihre Sorgfalt verletzt haben, so trägt ihn diejenige Partei, in deren Einflussbereich die Ursache zur schädigenden Handlung gesetzt wurde. Für Schäden oder andere Nachteile aus Übermittlungsfehlern, technischen Störungen und rechtswidrigen Eingriffen in Geräte oder Software des Kunden übernimmt die Bank keine Haftung.

Die Bank ist jederzeit befugt, im Verkehr mit dem Kunden und seinen Bevollmächtigten die ihr angemessen erscheinenden Massnahmen zur Überprüfung der Legitimation zu treffen. Schäden aus dadurch entstehenden Verzögerungen trägt der Kunde.

3. Mangelnde Handlungsfähigkeit

Der Kunde hat die Bank unverzüglich schriftlich über mangelnde Handlungsfähigkeit seiner Bevollmächtigten oder anderer für ihn handelnder Dritter zu informieren. Unterlässt er dies oder liegt mangelnde Handlungsfähigkeit beim Kunden selbst vor, trägt er den Schaden, der aus mangelnder Handlungsfähigkeit entsteht, soweit die Bank, ihre Mitarbeiter oder Hilfspersonen nicht die geschäftsübliche Sorgfalt verletzt haben.

4. Mitteilungen der Bank und Übermittlungsfehler

Die Bank ist ermächtigt, via Post, Telefon, elektronische Kanäle (z.B. E-Mail, Telefax, SMS, Online Banking, mobile Applikationen und andere elektronische Kommunikationskanäle) sowie anderen Übermittlungs- und Transportarten an die vom Kunden oder von seinen Bevollmächtigten gegenüber der Bank benutzten oder explizit angegebenen Kontaktdaten zu kommunizieren.

Der Kunde ist verpflichtet, die Bank über die ihr gemeldeten Angaben über sich oder seine Bevollmächtigten, z.B. Namen, Adresse, Domizil, E-Mail-Adresse, Telefonnummer etc., auf dem aktuellen Stand zu halten.

Mitteilungen der Bank gelten als rechtswirksam erfolgt, wenn sie an die letzten vom Kunden bekanntgegebenen Kontaktdaten abgesandt oder gemäss Weisung des Kunden anderweitig deponiert worden sind.



Als Zeitpunkt des Versandes gilt das Datum der im physischen oder elektronischen Besitz der Bank befindlichen Kopien oder Versandlisten.

Die Bank kann dem Kunden mittels Publikation im Internet (unter www.bkb.ch) rechtlich relevante Informationen, Bedingungen und Dokumente zugänglich machen sowie ihre Informations-, Aufklärungs- und Bekanntmachungspflichten (z.B. enthalten in Finanzmarktregulierungen betreffend Anlegerschutz und Transparenz) erfüllen.

Die Bank wendet bei der Benützung von Post, Telefon, elektronischen Kanälen oder anderen Übermittlungs- und Transportarten die geschäftsübliche Sorgfalt an. Sie trägt den Schaden namentlich aus Verlusten, Verspätungen, Unregelmässigkeiten, Doppelausfertigungen oder aus technischen Störungen und Betriebsausfällen, soweit sie die geschäftsübliche Sorgfalt verletzt hat. Soweit die Bank die geschäftsübliche Sorgfalt angewendet hat, trägt der Kunde diesen Schaden.

5. Beanstandungen

Beanstandungen des Kunden aus der Ausführung oder Nicht- oder Falschausführung von Aufträgen oder von Mitteilungen sind sofort, spätestens aber innerhalb der von der Bank allenfalls angesetzten Frist anzubringen.

Treffen Dokumente oder Mitteilungen, die der Kunde erwartet (z.B. Konto-/Depotauszüge, Börsenabrechnungen) nicht ein, hat der Kunde die Bank unverzüglich zu benachrichtigen.

Beanstandungen von Konto- und Depotauszügen haben innerhalb eines Monats nach Mitteilung durch die Bank zu erfolgen.

Erfolgt keine rechtzeitige Beanstandung, gelten die Ausführung bzw. Nichtausführung sowie die entsprechenden Mitteilungen und Auszüge als genehmigt.

In jedem Fall trägt der Kunde den Schaden, der durch eine verspätete Beanstandung entsteht.

6. Ausführung von Aufträgen

Erteilt der Kunde einen oder mehrere Aufträge, die sein verfügbares Guthaben oder den ihm gewährten Kredit übersteigen, kann die Bank unabhängig vom Datum oder Zeitpunkt des Eingangs nach eigenem Ermessen bestimmen, inwieweit sie einzelne Aufträge ganz oder teilweise ausführt.

Werden Aufträge mangelhaft oder zu Unrecht nicht bzw. nicht rechtzeitig ausgeführt und entsteht ein Schaden, haftet die Bank höchstens für den Zinsausfall (gilt nicht für Börsenaufträge).

Droht im Einzelfall ein darüber hinausgehender Schaden, muss der Kunde die Bank vorgängig auf diese Gefahr hinweisen, andernfalls trägt er diesen Schaden.

7. Pfand- und Verrechnungsrecht

Die Bank hat an allen Kontoguthaben des Kunden und an allen Vermögenswerten, die sie jeweils für Rechnung des Kunden bei sich selbst oder anderswo aufbewahrt, ein Pfandrecht und bezüglich aller Forderungen ein Verrechnungsrecht für alle ihre jeweils bestehenden oder zukünftigen Ansprüche, ohne Rücksicht auf die Fälligkeit oder Währung oder darauf, ob diese Ansprüche speziell sichergestellt sind.

Dieses Pfand- und Verrechnungsrecht gilt auch für etwaige Schadloshaltungs- bzw. Befreiungsansprüche der Bank, insbesondere wenn sie im Zusammenhang mit für den Kunden getätigten Transaktionen oder für den Kunden gehaltenen Vermögenswerten von Dritten (einschliesslich Emittenten, Liquidatoren, Sachwaltern, Konkursverwaltern, Institutionen und Behörden) in Anspruch genommen wird.

Befindet sich der Kunde mit seiner Leistung im Verzug, so kann die Bank nach ihrer Wahl, auch bezüglich der Reihenfolge, die Pfänder zwangsrechtlich oder freihändig verwerten oder unter Aufrechterhaltung des Pfandrechts den Kunden auf Pfändung bzw. Konkurs betreiben.

8. Konditionen, Steuern und Abgaben

Die vereinbarten oder üblichen Konditionen (Zinsen, Gebühren [inkl. Guthabengebühren], Kommissionen, Spesen) und Steuern werden dem Kunden nach Wahl der Bank umgehend, monatlich, vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich gutgeschrieben bzw. belastet. Lautet die Geschäftsbeziehung auf mehrere Personen, haften diese solidarisch.

Die aktuellen Konditionen und andere Belastungen richten sich nach einsehbaren Listen/Produktmerkblättern. Änderungen sind jederzeit, namentlich bei Veränderung der Geldmarktverhältnisse bzw. der Kosten und bei Neubeurteilung der Geschäftsrisiken, durch Anpassung der Listen/Produktmerkblätter möglich. Der Kunde wird hierüber auf geeignete Weise vorgängig in Kenntnis gesetzt.

Änderungen oder neu eingeführte Konditionen gelten als genehmigt, wenn der Kunde das betroffene Produkt bzw. die betroffene Dienstleistung nicht innert 30 Tagen ab Mitteilung kündigt. Kündigungs- oder Rückzugsfristen gemäss besonderen Bedingungen oder Vereinbarungen bleiben vorbehalten.

Für Leistungen der Bank, die nicht in einer Liste/einem Produktmerkblatt enthalten sind, die aber im Auftrag des Kunden oder in dessen mutmasslichem Interesse erbracht



werden und die üblicherweise nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind, kann die Bank nach eigener Beurteilung eine angemessene Entschädigung erheben.

Etwaige Steuern und Abgaben, welche im Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung des Kunden zur Bank bei oder von dieser erhoben werden oder welche die Bank aufgrund von schweizerischem oder ausländischem Recht, Staatsverträgen oder von vertraglichen Vereinbarungen mit ausländischen Stellen (z.B. 30 % Quellensteuer gemäss dem US Foreign Account Tax Compliance Act, FATCA) einbehalten muss, sowie die bei der Bank anfallenden Spesen gehen zulasten des Kunden bzw. können auf den Kunden überwältzt werden.

9. Fremde Währungen

Die den Kundenguthaben in fremder Währung entsprechenden Gegenanlagen werden in gleicher Währung inner- oder ausserhalb des Landes der betreffenden Währung im Namen der Bank, jedoch auf Rechnung und Gefahr des Kunden, angelegt. Der Kunde trägt anteilmässig im Verhältnis zu seinen Guthaben jedes die Gesamtanlage betreffende Risiko, insbesondere aus gesetzlichen oder behördlichen Beschränkungen und Steuern und sonstigen Lasten in allen beteiligten Ländern.

Der Kunde kann über Guthaben in Fremdwährung durch Verkauf oder Überweisungen ohne Weiteres verfügen. Anderweitige Verfügungsarten bedürfen der Zustimmung der Bank.

Die Bank ist mangels anderslautender Instruktionen berechtigt, Gutschriften und Belastungen von Fremdwährungsbeträgen in Schweizer Franken vorzunehmen – und zwar zum Kurs des Eingangs- bzw. Verarbeitungstages –, es sei denn, der Kunde besitze ein Konto in der entsprechenden Fremdwährung. Wenn der Kunde nur Konten in Drittwährungen besitzt, kann die Bank den jeweiligen Betrag nach freiem Ermessen in einer dieser Währungen gutschreiben bzw. belasten.

10. Wechsel, Checks und andere Papiere

Die Bank ist berechtigt, diskontierte oder gutgeschriebene unbezahlte Wechsel, Checks und andere Papiere zurückzubelasten. Dies gilt auch, wenn sich bereits bezahlte Checks nachträglich als gestohlen oder sonst abhanden gekommen, gefälscht oder mangelhaft erweisen. Bis zur Begleichung eines Schuldsaldos verbleiben ihr die wechselrechtlichen, checkrechtlichen oder anderen Ansprüche auf Zahlung des vollen Betrags der Wechsel, Checks und anderen Papiere mit Nebenforderungen gegen jeden aus dem Papier Verpflichteten.

11. Kündigung der Geschäftsbeziehungen

Der Kunde und die Bank können Bankbeziehungen jederzeit per sofort oder auf einen späteren Termin kündi-

gen. Insbesondere kann die Bank Kreditlimiten jederzeit annullieren und ihre Guthaben per sofort fällig stellen. Vorbehalten bleiben besondere Vereinbarungen und für spezifische Produkte geltende Kündigungsbestimmungen.

12. Beschränkung von Dienstleistungen, Liquidation

Zur Einhaltung gesetzlicher, regulatorischer oder vertraglicher Bestimmungen, zur Wahrung der geschäftsüblichen Sorgfalt oder zur Gewähr einer einwandfreien Geschäftsführung kann die Bank Dienstleistungen gegenüber dem Kunden ganz oder teilweise beschränken. Dies gilt unabhängig von ergänzenden Regelungen zu einzelnen Bankdienstleistungen. Insbesondere kann die Bank die Konto- und Depotbeziehung sperren, die Ausführung von Aufträgen jeder Art (z.B. Auftrag zur Ein-/Auszahlung, zur Überweisung bzw. Übertragung von Guthaben, Effekten und sonstigen Vermögenswerten, zur Saldierung etc.) aufschieben oder beschränken sowie generell die Entgegennahme von Vermögenswerten oder Gutschriften verweigern.

Im Falle einer Kündigung oder wenn hinterlegte Vermögenswerte oder Guthaben aus gesetzlichen, regulatorischen, produktspezifischen oder anderweitigen Gründen nicht mehr durch die Bank verwahrt werden können, hat der Kunde der Bank auf Anfrage hin mitzuteilen, wohin diese Vermögenswerte und Guthaben zu transferieren sind.

Unterlässt der Kunde nach einer von der Bank infolge Kündigung der Geschäftsbeziehung oder Beschränkung von Dienstleistungen angesetzten angemessenen Nachfrist, ihr mitzuteilen, wohin die vom Kunden bei der Bank hinterlegten Vermögenswerte und Guthaben zu transferieren sind, kann die Bank die Vermögenswerte physisch ausliefern oder sie liquidieren. Den Erlös sowie die noch vorhandenen Guthaben des Kunden kann die Bank mit befreiender Wirkung am vom Richter bezeichneten Ort hinterlegen oder in Form eines Checks an die letztbekannte Zustelladresse des Kunden senden.

13. Feiertage

Im gesamten Geschäftsverkehr mit der Bank sind die Samstage einem staatlich anerkannten Feiertag gleichgestellt.

14. Auslagerung von Geschäftsbereichen (Outsourcing)

Die Bank kann Geschäftsbereiche und Dienstleistungen ganz oder teilweise an Dienstleister (andere Banken und Rechtseinheiten des Konzerns Basler Kantonalbank oder Dritte) innerhalb der Schweiz und ins Ausland auslagern. Im Rahmen der Auslagerungen kann es vorkommen, dass Daten an Dienstleister übermittelt werden und dass diese Dienstleister ihrerseits weitere Dienstleister beziehen. Sämtliche Dienstleister sind an Vertraulichkeitsbestimmungen gebunden.



15. Einhaltung von gesetzlichen und regulatorischen Vorschriften

Der Kunde ist für die Einhaltung von auf ihn sowie auf weitere an der Bankbeziehung bzw. an den Vermögenswerten beteiligte Personen anwendbaren gesetzlichen Vorschriften (einschliesslich Steuergesetzen sowie Deklarations- und Meldepflichten) verantwortlich. Er hält die für ihn geltenden gesetzlichen Vorschriften jederzeit ein. Auf Verlangen der Bank dokumentiert der Kunde, dass er bzw. weitere an der Beziehung beteiligte Personen die jeweils anwendbaren rechtlichen Vorschriften eingehalten haben.

16. Bankkundengeheimnis und Datenschutz

Organe, Angestellte und Beauftragte der Bank unterstehen gesetzlichen Pflichten zum Schutz und zur Geheimhaltung von Daten, welche die Geschäftsbeziehung mit dem Kunden betreffen.

Die Pflicht der Bank zur Wahrung des Bankkundengeheimnisses entfällt bei gesetzlichen oder regulatorischen Auskunfts- oder Meldepflichten der Bank, bei Einwilligung des Kunden oder bei Vorliegen anderer gesetzlicher Rechtfertigungsgründe wie namentlich der Wahrung berechtigter Interessen der Bank. Das Bankkundengeheimnis gilt insbesondere nicht:

- a) gegenüber Dritten im In- und Ausland (z.B. Brokern, Banken, Transaktionsregistern, Börsen, Abwicklungs- und Drittverwahrungsstellen, Emittenten, zuständigen Behörden sowie anderen involvierten Drittparteien) bei Transaktionen und Dienstleistungen, welche die Bank für den Kunden erbringt (z.B. Konto- und Depotführung oder Abwicklung von Zahlungsverkehrs-, Wertschriften-, Devisen- und anderen Kundengeschäften), insbesondere auch solchen mit Bezug zum Ausland. Solche Offenlegungen können sich aus in- oder ausländischem Recht, Selbstregulierungen, Marktusancen, vertraglichen Bestimmungen oder Bedingungen von Emittenten, Dienstleistern und anderen Parteien, auf welche die Bank für die Abwicklung solcher Transaktionen und Dienstleistungen angewiesen ist, ergeben;
- b) bei angedrohten oder eingeleiteten Verfahren des Kunden oder weiterer an der Bankbeziehung bzw. an den Vermögenswerten Beteiligter im In- oder Ausland gegen die Bank (auch als Drittpartei);
- c) für die Sicherung oder Durchsetzung im In- oder Ausland von Forderungen oder anderen Rechten gegenüber dem Kunden und zur Verwertung von für den Kunden bestellten Sicherheiten;
- d) bei Vorwürfen des Kunden sowie weiterer an der Bankbeziehung bzw. an den Vermögenswerten Beteiligter gegen die Bank in der Öffentlichkeit, gegenüber Medien oder gegenüber Behörden;

- e) für den Austausch von Informationen zwischen der Bank und anderen Banken und Rechtseinheiten des Konzerns Basler Kantonalbank in der Schweiz zu Geschäftszwecken, wie umfassende und effiziente Durchführung und Betreuung des kundenbezogenen Bankgeschäfts, Information über das Dienstleistungsangebot von Konzerngesellschaften, Sicherstellung des Risikomanagements, Einhaltung von gesetzlichen und regulatorischen Vorschriften oder aus Compliancegründen. Die Empfänger sind an Vertraulichkeitsbestimmungen gebunden.

Die Bank speichert und bearbeitet Daten, welche die Geschäftsbeziehung mit dem Kunden betreffen, und Daten von Drittquellen und kann daraus Profile erstellen und bearbeiten. Diese können zwischen der Bank und anderen Banken und Rechtseinheiten des Konzerns Basler Kantonalbank zu den in lit. e) aufgeführten Gründen sowie zu Marktforschungs- und Marketingzwecken ausgetauscht und genutzt werden.

Die Bank publiziert die Grundsätze über die Bearbeitung von Personendaten sowie etwaige Aktualisierungen im Internet (unter www.bkb.ch/datenschutzerklaerung).

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass Daten, welche ins Ausland gelangen, dort nicht mehr vom schweizerischen Recht geschützt sind, sondern den Bestimmungen der jeweiligen ausländischen Rechtsordnung unterliegen.

17. Kontaktlosigkeit

Der Kunde verpflichtet sich, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die zwischen ihm und der Bank bestehenden Geschäftsbeziehungen kontaktlos im Sinne der einschlägigen Regularien werden. Insbesondere ist er gehalten, der Bank jegliche Änderung der Adresse oder des Namens (z.B. infolge Heirat) unverzüglich mitzuteilen.

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass die Bank verpflichtet ist, die Geschäftsbeziehung einer zentralen Meldestelle zu melden, sobald die Beziehung kontaktlos geworden ist.

Nebst den Konditionen und anderen Belastungen gemäss Listen/Produktmerkblättern, welche auch im Falle der Kontaktlosigkeit weiter gelten, ist die Bank berechtigt, für ihre Umtriebe bei eingetretener Kontakt- oder Nachrichtenlosigkeit eine spezielle Gebühr sowie Ersatz sämtlicher Auslagen vom Kunden zu erheben.

18. Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Die Bank kann die Allgemeinen Geschäftsbedingungen jederzeit ändern. Die Änderungen werden dem Kunden vorgängig in geeigneter Weise bekanntgegeben und gelten ohne Widerspruch innert Monatsfrist als genehmigt.



19. Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Alle Rechtsbeziehungen des Kunden mit der Bank unterstehen **ausschliesslich schweizerischem Recht**. Erfüllungsort, Betreibungsort für Kunden mit ausländischem Domizil sowie **ausschliesslicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten ist Basel**. Die Bank hat indessen das Recht, den Kunden auch beim zuständigen Gericht seines Domizils oder bei jedem anderen zuständigen Gericht zu belangen, wobei ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar bleibt.

Vorbehalten bleiben die zwingenden Gerichtsstandsbestimmungen des schweizerischen Rechts.

Depotreglement

1. Geltungsbereich

Dieses Depotreglement gilt zusätzlich zu den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Aufbewahrung, Verbuchung und Verwaltung von Werten und Sachen (Depotwerten) durch die Bank, insbesondere auch, wenn diese in der Form von Bucheffekten geführt werden. Es findet ergänzend Anwendung zu allfälligen besonderen vertraglichen Vereinbarungen.

2. Entgegennahme

Die Bank übernimmt als Depotwerte in der Regel in offenem Depot insbesondere:

- Bucheffekten, Wertpapiere, Wertrechte und weitere nicht verbriefte Geld- und Kapitalmarktanlagen sowie andere Finanzinstrumente zur Verwahrung (bzw. Verbuchung) und Verwaltung;
- vertretbare Edelmetalle und Münzen in handelsüblicher Form und Qualität sowie Hypothekartitel und Beweisurkunden (z.B. Versicherungspolicen) zur Verwahrung.

Die Bank kann ohne Angabe von Gründen die Entgegennahme von Depotwerten ablehnen. Dies gilt insbesondere, wenn der Kunde auf ihn anwendbare Anlegerrestriktionen nicht erfüllt.

Sofern die Bank die Depotwerte aufgrund von Anlegerrestriktionen, rechtlichen, regulatorischen oder produktspezifischen oder sonstigen Gründen nicht länger verwahren möchte, wird die Bank den Depotinhaber um Instruktion bitten, wohin die Depotwerte transferiert werden sollen. Erhält die Bank auch nach einer von ihr angesetzten angemessenen Nachfrist vom Kunden keine Instruktionen, kann die Bank die Vermögenswerte physisch ausliefern oder liquidieren.

Die Bank kann vom Kunden eingelieferte Depotwerte auf Echtheit und Sperrmeldungen prüfen oder durch Dritte im In- und Ausland prüfen lassen, ohne dabei eine Haftung zu übernehmen. In diesem Fall führt die Bank Verkaufs- und Lieferaufträge sowie Verwaltungshandlungen erst nach abgeschlossener Prüfung aus. Die Kosten der Prüfung können dem Kunden in Rechnung gestellt werden.

3. Sorgfaltspflicht

Die Bank verbucht, verwahrt und verwaltet die Depotwerte mit der geschäftsüblichen Sorgfalt.

4. Auslieferung und Übertragung der Depotwerte

Unter Vorbehalt von Kündigungsfristen, gesetzlichen Bestimmungen, Statuten von Emittenten, Sicherungsrechten der Bank und besonderen vertraglichen Abmachungen kann der Kunde jederzeit verlangen, dass ihm die Depotwerte gemäss den am Ort der Verwahrung gelten-

den gesetzlichen Bestimmungen sowie in der üblichen Lieferfrist und Form ausgeliefert bzw. übertragen werden. Die Gebühren für Auslieferung und Übertragung richten sich nach den einsehbaren Listen/Produkte Merkblättern. Bei Auslieferung aus einem Sammeldepot besteht kein Anspruch auf bestimmte Nummern, Stückelungen, Jahrgänge usw.

Der Transport sowie der Versand von Depotwerten erfolgen auf Rechnung und Gefahr des Kunden. Ist eine Wertdeklaration erforderlich, nimmt die Bank diese bei Fehlen besonderer Instruktionen des Kunden nach eigenem Ermessen vor.

5. Vertragsdauer

Das Depotverhältnis ist auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es erlischt nicht bei Tod, Handlungsunfähigkeit oder Konkurs des Kunden.

6. Konditionen

Die aktuellen Konditionen und anderen Belastungen richten sich nach einsehbaren Listen/Produkte Merkblättern. Änderungen sind jederzeit, namentlich bei Veränderung der Kosten und Neubeurteilung von Geschäftsrisiken durch Anpassung der Listen/Produkte Merkblätter möglich. Der Kunde wird hierüber auf geeignete Weise vorgängig in Kenntnis gesetzt.

Für Leistungen der Bank, die nicht in einer Liste/einem Produkte Merkblatt enthalten sind, die aber im Auftrag des Kunden oder in dessen mutmasslichem Interesse erbracht werden und die üblicherweise nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind (z.B. Kommissionen und Spesen Dritter, Verfahrens- und Rechtskosten, die der Bank im Zusammenhang mit den Depotwerten entstehen), kann die Bank nach eigener Beurteilung eine angemessene Entschädigung erheben.

7. Vertriebsentschädigungen

Die Bank kann von Dritten im Zusammenhang mit dem Vertrieb von kollektiven Kapitalanlagen und anderen Anlageprodukten Vertriebsentschädigungen, namentlich Bestandespflegekommissionen, erhalten. Die Bank vergütet vereinnahmte Vertriebsentschädigungen periodisch dem Kunden weiter.

8. Verwahrung der Depotwerte

Die Bank ist berechtigt, die Depotwerte im eigenen Namen, aber auf Rechnung und Gefahr des Kunden, durch eine Drittverwahrstelle ihrer Wahl im In- oder Ausland getrennt oder in Sammeldepots verwahren zu lassen. Bei einer Drittverwahrung haftet die Bank nur für die geschäftsübliche Sorgfalt bei der Wahl und Instruktion der Drittverwahrstelle.



Auslosbare Depotwerte können ebenfalls sammelverwahrt werden. Von der Sammelverwahrung ausgenommen bleiben Depotwerte, die wegen ihrer Natur oder aus anderen Gründen getrennt verwahrt werden müssen. Bei Verwahrung im Ausland unterliegen die Depotwerte den Gesetzen und Usancen am Ort der Verwahrung. Drittverwahrstellen können ein Pfandrecht oder ein anderes Sicherungsrecht an den Depotwerten geltend machen.

Wird der Bank die Rücknahme im Ausland verwahrter Depotwerte durch die ausländische Gesetzgebung verunmöglicht oder erschwert, ist die Bank nur verpflichtet, dem Kunden bei einer Verwahrungsstelle bzw. Korrespondenzbank ihrer Wahl am Ort der Verwahrung einen anteilmässigen Rückgabeanspruch zu verschaffen, sofern ein solcher besteht und übertragbar ist.

9. Eintragung der Depotwerte

Auf den Namen lautende Depotwerte schweizerischer Emittenten werden im massgeblichen Register (z.B. Aktienregister) auf den Namen des Kunden zur Eintragung angemeldet, sofern eine entsprechende Ermächtigung des Kunden vorliegt. Damit werden die zur Registrierung übermittelten Daten (insbesondere seine Identität) der entsprechenden Stelle (Gesellschaft, Registerführer etc.) bekannt.

Ist die Eintragung auf den Kunden unüblich oder nicht möglich, kann die Bank die Depotwerte auf Rechnung und Gefahr des Kunden auf den Namen eines Dritten oder auf ihren eigenen Namen eintragen lassen.

10. Melde- und Anzeigepflichten

Der Kunde ist für die Erfüllung allfälliger Melde- und Anzeigepflichten sowie weiterer Pflichten (z.B. Offenlegung von Beteiligungen, Unterbreitung eines Übernahmeangebots) gegenüber Gesellschaften, Börsen, Behörden oder anderen Marktteilnehmern verantwortlich. Massgebend ist das anwendbare in- oder ausländische Recht. Die Bank ist nicht verpflichtet, den Kunden auf seine Meldepflichten hinzuweisen. Sofern die Depotwerte auf den Namen einer Nomineegesellschaft oder der Bank eingetragen sind, hat der Kunde die Bank unverzüglich über eine allfällige Meldepflicht zu informieren.

Die Bank ist berechtigt, Verwaltungshandlungen für Depotwerte, die zu Melde- oder Anzeigepflichten der Bank führen, unter Mitteilung an den Depotinhaber ganz oder teilweise nicht auszuführen.

Der Kunde ist alleine verantwortlich, allfällige gemäss anwendbarem in- oder ausländischem Recht geltende Beschränkungen einzuhalten, Auflagen zu erfüllen oder erforderliche Bewilligungen einzuholen, wenn er Geschäfte mit Depotwerten tätigt oder veranlasst.

Die Beschaffung von Informationen im Zusammenhang mit solchen Melde- und Anzeigepflichten sowie Beschränkungen usw. ist Sache des Kunden.

Werden solche Pflichten erst nach bereits erfolgtem Kauf eingeführt, ist die Bank ermächtigt, die fraglichen Depotwerte zu veräussern, sofern der Kunde einer entsprechenden Aufforderung nicht rechtzeitig nachkommt und sie ihm den Verkauf angedroht hat.

11. Umwandlung von Depotwerten

Die Bank ist ermächtigt, eingelieferte Urkunden auf Kosten des Kunden annullieren und durch Wertrechte ersetzen zu lassen und Wertpapiere und Wertrechte – sofern die Voraussetzungen erfüllt sind – durch Gutschrift auf einem Effektenkonto als Bucheffekten zu führen. Die Bank ist ferner ermächtigt, sofern vom Emittenten vorgesehen, Druck und Auslieferung von Wertpapieren zu verlangen.

12. Verwaltung

Die Bank besorgt ohne besondere Weisung des Kunden die üblichen Verwaltungshandlungen wie:

- Entgegennahme fälliger Zinsen, Dividenden, anderer Ausschüttungen und rückzahlbarer Kapitalbeträge;
- Umtausch und Bezug von Depotwerten ohne Wahlrecht des Kunden (Splits, Spin-offs etc.);
- Überwachung von Auslosungen, Kündigungen, Konversionen, Bezugsrechten, Amortisationen von Depotwerten etc.

Sofern die Bank einzelne Werte nicht im üblichen Sinne verwalten kann, teilt sie dies dem Kunden mit der Anzeige, dass die Werte in seinem Depot eingebucht wurden, oder auf andere Weise mit.

Die Bank besorgt auf besonderen, rechtzeitig bei der Bank eingegangenen Auftrag des Kunden weitere Verwaltungshandlungen wie:

- Ausübung von Bezugs-, Wandel- und Optionsrechten;
- Besorgung von Konversionen;
- Einzahlung auf nicht voll einbezahlte Depotwerte;
- Ausführung von Aufträgen aus Titellofferten im Zusammenhang mit öffentlichen Übernahmeangeboten, Fusionen, Spaltungen, Umwandlungen etc.

Wenn möglich informiert die Bank den Kunden in geeigneter Weise über bevorstehende die Depotwerte betreffende Ereignisse. Gehen Weisungen des Kunden nicht rechtzeitig ein, so ist die Bank berechtigt, aber nicht verpflichtet, nach eigenem Ermessen zu handeln. Üblicherweise werden nicht ausgeübte Bezugsrechte verkauft und Rückkauf-, Umtausch- sowie Konversionsofferten nicht angenommen.



Keine Verwaltungshandlungen besorgt die Bank insbesondere:

- bei couponslosen Namenaktien, wenn die Zustelladresse für Dividenden und Ausschüttungen nicht auf die Bank lautet;
- für ausschliesslich oder vorwiegend im Ausland gehandelte Depotwerte, die ausnahmsweise in der Schweiz verwahrt werden;
- für Hypothekartitel und Beweisurkunden (z.B. Versicherungspolizen).

Bei allen Verwaltungshandlungen stützt sich die Bank auf die ihr verfügbaren branchenüblichen Informationsquellen, ohne jedoch eine Verantwortung zu übernehmen. Solange die Verwaltung durch die Bank andauert, ist die Bank berechtigt, aber nicht verpflichtet, Emittenten oder Drittverwahrstellen die für die Verwaltung der Depotwerte erforderlichen Instruktionen zu erteilen und die nötigen Auskünfte einzuholen.

Es ist Sache des Kunden, seine Rechte aus den Depotwerten in Gerichts-, Insolvenz- und ähnlichen Verfahren geltend zu machen und sich hierfür die erforderlichen Informationen zu beschaffen.

13. Gutschriften und Belastungen

Gutschriften und Belastungen werden auf einem vom Kunden bezeichneten Konto bei der Bank verbucht. Ohne anderslautende Instruktionen ist die Bank berechtigt, aber nicht verpflichtet, Fremdwährungsbeträge in Schweizer Franken umzurechnen.

Gutschriften erfolgen unter Vorbehalt des Eingangs. Die Bank ist berechtigt, irrtümlich erfolgte und fehlerhafte Buchungen rückgängig zu machen, und zwar auch nachträglich ohne zeitliche Einschränkung nach erfolgter Verbuchung auf dem Depot bzw. dem Konto des Kunden. Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass solche Korrekturen seitens der Bank ohne vorgängige Rücksprache mit ihm erfolgen. Die Bestimmungen über die Stornierung gemäss Bucheffektengesetz bleiben vorbehalten.

Änderungen von Kontoinstruktionen müssen spätestens fünf Bankwerkzeuge vor Verfall bei der Bank eingetroffen sein.

14. Verzeichnisse

Die Bank übermittelt dem Kunden in der Regel auf Jahresende eine Aufstellung über den Bestand der verwahrten Depotwerte. Die Aufstellung kann weitere, nicht unter dieses Reglement fallende Werte enthalten. Bucheffekten werden nicht speziell als solche gekennzeichnet.

Bewertungen des Depotinhalts beruhen auf unverbindlichen Kurswerten aus branchenüblichen Informationsquellen. Die Bank übernimmt keine Gewähr und Haftung für die Richtigkeit dieser Angaben sowie für weitere Informationen im Zusammenhang mit den eingebuchten Werten.

15. Änderungen des Depotreglements

Die Bank behält sich jederzeit Änderungen des Depotreglements vor. Diese werden dem Kunden vorgängig in geeigneter Weise bekannt gegeben und gelten ohne Widerspruch innert Monatsfrist als genehmigt.

Bedingungen für die Benützung der Visa Debit der Basler Kantonalbank

I. Allgemeine Bestimmungen

1. Allgemeines

Die folgenden «Bedingungen» gelten für die von der Basler Kantonalbank (nachfolgend «Bank») herausgegebene Visa Debit (nachfolgend auch als «Karte» bezeichnet). Im Übrigen gelten die «Basisdokumente», namentlich die «Allgemeinen Geschäftsbedingungen» der Bank sowie allfällige weitere für bestimmte Geschäfte bzw. Dienstleistungen geltende besondere Vereinbarungen bzw. Bestimmungen.

Die Karte bezieht sich immer auf ein bestimmtes Bankkonto. Das Kartenvertragsverhältnis (nachfolgend auch «Vertragsverhältnis» oder «Vertrag») wird jeweils zwischen dem Kontoinhaber und der Bank abgeschlossen. Die Transaktionen werden diesem Bankkonto belastet oder gutgeschrieben. Die Bank kann den Einbezug weiterer Konten des Kontoinhabers (Multikontofunktion) ermöglichen. Neben dem Kontoinhaber können Kontobevollmächtigte oder weitere vom Kontoinhaber bezeichnete Personen Inhaber einer Karte sein. Die Bank behält sich vor, die Ausstellung von auf Drittpersonen lautenden Karten auf Kontobevollmächtigte zu beschränken. Solche Drittpersonen werden als «Kartenberechtigte» bezeichnet. Die Karte lautet jeweils auf deren Namen. Der Kontoinhaber ist ebenfalls «Kartenberechtigter». Die Bank kann, ohne dazu verpflichtet zu sein, Kontobevollmächtigten die Bestellung von Karten ermöglichen, ohne dass es dazu einer ausdrücklichen Ermächtigung des Kontoinhabers bedarf. Der Kontoinhaber haftet aus dem Einsatz sämtlicher Karten. Er hat die Möglichkeit, Daten und Transaktionen sämtlicher Kartenberechtigter einzusehen. Die Karten bleiben Eigentum der Bank. Mit der Ausstellung von Karten für Kontobevollmächtigte und weitere Dritte entsteht zwischen diesen und der Bank kein Vertragsverhältnis.

Mit der Bestellung der Karte bzw. deren erstmaliger Benutzung erklärt jeder Kartenberechtigte, mit den vorliegenden Bedingungen einverstanden zu sein.

2. Begründung des Vertragsverhältnisses

Falls das Vertragsverhältnis einschliesslich dieser Bedingungen nicht im Rahmen eines separaten schriftlichen oder anderweitig formalisierten Kartenantrags zustande kommt, anerkennt jeder Kartenberechtigte spätestens mit dem ersten Karteneinsatz oder wenn die Karte nicht innerhalb von 30 Tagen an die Bank zurückgesendet wird diese Bedingungen sowie die jeweiligen zum Zeitpunkt des Einsatzes der Karte geltenden Gebühren. Es ist Sache des Kontoinhabers, allfällige weitere Kartenberechtigte über Änderungen dieser Bestimmungen und der Konditionen zu informieren, soweit ihnen diese nicht direkt von der Bank mitgeteilt werden. Kartenberechtigte ermächtigen den Kontoinhaber, alle die Karte betreffenden Erklärungen

mit Wirkung auch für sie abzugeben und entgegenzunehmen. Soweit seitens der Bank im Rahmen ihrer Vollmachtsbestimmungen vorgesehen, können überdies Kontobevollmächtigte auf sie selbst lautende Karten beantragen und diesbezüglich im Namen des Kontoinhabers entsprechende Vertragsverhältnisse begründen.

3. Vollmachten / Tod und Handlungsunfähigkeit

Der Widerruf einer Kontovollmacht führt nicht automatisch zur Ungültigkeit der entsprechenden Karte. Ebenso führen Tod oder Handlungsunfähigkeit von Kartenberechtigten nicht automatisch zur Sperrung der Karte. Der Kontoinhaber oder dessen Rechtsnachfolger haben die Sperrung der Karte ausdrücklich bei der Bank zu verlangen.

4. Änderung der Bedingungen

Die Bank behält sich vor, diese Bedingungen sowie die Konditionen (insbesondere Gebühren und Kartenfunktionen bzw. -leistungen) jederzeit zu ändern. Änderungen werden dem Kontoinhaber in geeigneter Weise mindestens 30 Tage vor Inkrafttreten bekannt gegeben. Sofern der Kontoinhaber das die Karte betreffende Vertragsverhältnis nicht vor Inkrafttreten der Änderung schriftlich kündigt oder sämtliche Karten von den jeweiligen Kartenberechtigten zurückgegeben werden, gelten die Änderungen als genehmigt, in jedem Fall aber mit der ersten Benützung der Karte nach Inkrafttreten der Änderungen.

5. Belastungsrecht der Bank

Die Bank ist berechtigt, sämtliche Beträge aus dem Einsatz der Karte (Transaktionen) und Gebühren dem massgebenden auf der Karte aufgedruckten Konto zu belasten. Dies gilt auch für reservierte oder provisorisch gebuchte Beträge. Dies kann Auswirkungen auf die Kartenlimite haben und zur Einschränkung der Liquidität auf dem Konto führen. Transaktionen in einer anderen als der Kontowährung werden von der Bank in die Währung des Kontos umgerechnet. Die Bank hat das Recht, Transaktionen ohne Angabe von Gründen abzulehnen, wenn deren Buchung zu einem Minussaldo auf dem Konto führen würde. Die Bank haftet nicht für allfällige Schäden, die einem Kartenberechtigten daraus entstehen könnten.

Die Transaktionen werden periodisch (z.B. monatlich) auf dem entsprechenden Kontoauszug aufgeführt. Bei Beendigung des Vertragsverhältnisses besteht ein Belastungsrecht für sämtliche Beträge, die auf zuvor erfolgte Karteneinsätze zurückzuführen sind. Das Belastungsrecht der Bank bleibt auch bei Streitigkeiten von Kartenberechtigten mit Dritten (z.B. Akzeptanzstellen) uneingeschränkt bestehen. Allfällige Streitigkeiten bezüglich Unstimmigkeiten und Beanstandungen von Waren oder Dienstleistungen sowie Ansprüche daraus sind vom Kartenberechtigten direkt mit der jeweiligen Akzeptanzstelle zu regeln.



6. Geltungsdauer und Kartenerneuerung

Die Karte ist bis zum Ende des auf ihr angegebenen Datums gültig. Ohne ausdrücklichen Verzicht des Kartenberechtigten wird die Karte vor dem auf ihr angegebenen Ablaufdatum automatisch durch eine neue Karte ersetzt. Erhält der Kartenberechtigte seine neue Karte nicht mindestens zehn Tage vor Verfall der bisherigen Karte, so hat er dies der Bank sofort zu melden. Die Bank hat das Recht, eine Karte ohne Angabe von Gründen nicht zu erneuern. Nach Ablauf der Gültigkeitsdauer bzw. nach Erhalt einer Ersatz- oder Erneuerungskarte ist die bisherige Karte durch den Kartenberechtigten sofort unbrauchbar zu machen.

7. Kündigung und Sperrung

Der Kontoinhaber kann seine eigene wie auch die Karte eines anderen Kartenberechtigten bzw. das entsprechende Vertragsverhältnis jederzeit kündigen. Andere Kartenberechtigte können jeweils lediglich ihre eigenen Karten bzw. das entsprechende Vertragsverhältnis kündigen. Nach erfolgter Kündigung ist der Bank die Karte unaufgefordert und unverzüglich zurückzugeben. Die Bank ist jederzeit berechtigt, ohne vorgängige Mitteilung an den Kartenberechtigten und ohne Angabe von Gründen die Karte zu sperren. Die Bank sperrt die Karte, wenn es der Kartenberechtigte ausdrücklich verlangt, den Verlust der Karte und/oder des PIN-Codes meldet sowie bei Kündigung. Die mit einer Sperrung verbundenen Kosten können dem Konto belastet werden. Die Bank bleibt trotz Kündigung oder Sperrung berechtigt, dem Kontoinhaber sämtliche Beträge zu belasten, welche nach Kündigung oder Sperrung als vom Kartenberechtigten autorisiert gelten (bspw. Belastungen aus wiederkehrenden Dienstleistungen für Zeitungsabonnements, Mitgliedschaften oder Online-Services).

8. Abtretung

Die Bank kann das Vertragsverhältnis oder einzelne Ansprüche bzw. Pflichten daraus jederzeit an Dritte (bspw. Inkassofirmen) im In- und Ausland übertragen bzw. abtreten und darf diesen Dritten die im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis stehenden Daten (inkl. Offenlegung der zugrunde liegenden Bankbeziehungen) soweit erforderlich zugänglich machen.

II. Kartenverwendung

1. Einsatzarten (Funktionen)

Die Karte kann je nach Vereinbarung für eine oder mehrere der folgenden Funktionen eingesetzt werden:

1.1 Bargeldbezugsfunktion

Die Karte kann zum Bezug von Bargeld zulasten des auf der Karte aufgedruckten Kontos an entsprechend gekennzeichneten Geldautomaten im In- und Ausland sowie bei den dazu ermächtigten Stellen bis zu den für die Karte festgesetzten Limiten eingesetzt werden. Die

Visa Debit des Kontoinhabers kann zusätzlich zu dem auf der Visa Debit aufgedruckten Konto den Zugriff auf weitere von der Bank freigeschaltete Konten des Kontoinhabers ermöglichen.

1.2 Zahlungsfunktion

Die Karte kann zur Zahlung von Waren und Dienstleistungen im stationären Handel oder Internet im In- und Ausland bis zu den für die Karte festgesetzten Limiten eingesetzt werden.

1.3 Bankeigene Dienstleistungen

Der Kartenberechtigte kann bankeigene Dienstleistungen an den Geldautomaten der Bank benützen. Im Bereich der bankeigenen Dienstleistungen können – gegebenenfalls abweichend von den gewöhnlichen bzw. vereinbarten Kartenlimiten bzw. zusätzlich zu diesen – insbesondere Bargeldbezüge im Rahmen des auf dem zugrunde liegenden Konto verfügbaren Guthabens bzw. einer eingeräumten Kreditlimite respektive bis zu entsprechenden speziell für bankeigene Dienstleistungen vereinbarten Kartenlimiten getätigt sowie gegebenenfalls weitere Dienstleistungen benützt werden. Die Bank kann solche Dienstleistungen erweitern oder jederzeit ohne Vorankündigung aufheben.

1.4 Einzahlungsdienstleistungen

Die Visa Debit kann für die Einzahlung von Noten und Münzgeld an entsprechend vorgesehenen Geldautomaten genutzt werden. Der vom Geldautomaten erkannte und vom Einzahler gegenüber dem Geldautomaten bestätigte Betrag wird dem auf der Karte aufgeführten bzw. durch die Multikontofunktion angehängten und am Geldautomaten ausgewählten Konto abzüglich der dafür anfallenden Gebühr automatisch mit Valuta des Einzahlungstages gutgeschrieben.

Die Gutschrift erfolgt unabhängig davon, in welchem Verhältnis der Einzahler und der Kontoinhaber zueinander stehen, falls diese nicht identisch sind. Das Widerrufsrecht des Einzahlers erlischt mit der Entgegennahme des Betrages durch den Automaten.

1.5 Deckungspflicht

Die Karte darf nur verwendet werden, wenn auf dem Konto die erforderliche Deckung (Guthaben oder Kreditlimite) vorhanden ist. Bei einer nicht ausreichenden Deckung auf dem Konto ist die Bank berechtigt, Transaktionen abzulehnen.

1.6 Transaktionsbeleg

Der Kartenberechtigte erhält bei Bargeldbezügen mit der Karte an den meisten Geldautomaten auf Verlangen, bei Bezahlung von Waren und Dienstleistungen automatisch oder auf Verlangen einen Transaktionsbe-



leg. Dieser gilt als Belastungsanzeige. Bei Bargeldeinzahlungen an entsprechend gekennzeichneten Geldautomaten der Bank wird der vom Geldautomaten erkannte und von der einzahlenden Person bestätigte Betrag dem angewählten Konto gutgeschrieben. Der bei der Bargeldeinzahlung erhältliche Transaktionsbeleg gilt als Gutschriftsanzeige.

1.7 Technische Störungen und Betriebsausfälle

Aus technischen Störungen und Betriebsausfällen, die den Einsatz der Karte verunmöglichen, entstehen dem Kartenberechtigten keine Ansprüche auf Schadenersatz.

1.8 Visa Debit mit Drittleistungen oder Vergünstigungen

Mit der Visa Debit können Zusatzleistungen, zum Beispiel Versicherungsleistungen, verbunden sein, die der Kartenberechtigte durch Nutzung der Karte oder deren Besitz erhält bzw. nutzen kann. Solche Zusatzleistungen, namentlich Versicherungsleistungen, sind gegebenenfalls in Produktübersichten beschrieben und in separaten Bedingungen geregelt. Bei den entsprechenden Bedingungen kann es sich um solche Dritter, wie zum Beispiel Versicherungen, handeln. Soweit solche zur Verfügung stehen bzw. massgebend sind, sind sie auf der Website der Bank abrufbar. Bei Drittleistungen kann es sich um solche handeln, die nicht von der Bank erbracht werden und keine Ansprüche des Kartenberechtigten oder gegebenenfalls weiterer Personen dieser gegenüber begründen.

2. Autorisierungsmöglichkeiten

Der Kartenberechtigte hat das Recht, mit der Karte bei den entsprechenden Akzeptanzstellen im Rahmen der festgelegten bzw. vereinbarten Limite(n) Waren und Dienstleistungen wie folgt zu bezahlen bzw. Bargeldbezüge zu tätigen:

2.1 Mit seinem PIN-Code.

2.2 Aufgrund persönlicher Autorisierung auf andere Weise als durch PIN-Code oder weitere Legitimationsmittel (siehe dazu die zusätzlichen Bestimmungen für die Benützung von Online-Services).

2.3 Aufgrund von Telefon-, Internet-, Korrespondenz- sowie allen anderen Käufen oder Dienstleistungsbezügen, bei denen die Transaktion allein durch Angabe des Namens des Kartenberechtigten, der Kartenummer, des Verfalldatums, und – falls verlangt – des auf der Karte angebrachten Kartenprüfwerts (CVV, CVC) ausgelöst wird.

2.4 Mit der Verwendung der Karte ohne Eingabe des PIN-Codes bzw. anderer Legitimationsmittel an

automatisierten Zahlstellen (z.B. zur kontaktlosen Bezahlung, an Parkhaus-/Ticketautomaten oder Autobahnzahlstellen).

Der Kontoinhaber anerkennt sämtliche gemäss dieser Ziff. II 2 autorisierten Zahlungen bzw. Bargeldbezüge und die sich daraus ergebenden Forderungen der Akzeptanzstellen. Die Bank wird gleichzeitig ausdrücklich und unwiderruflich angewiesen, die Beträge der jeweiligen Akzeptanzstelle zu vergüten.

3. Einschränkung oder Erweiterung der Verwendungsmöglichkeiten

Die Verwendungsmöglichkeiten von Karte, PIN-Code sowie Limiten können jederzeit erweitert, eingeschränkt oder aufgehoben werden. Die Limiten können bei der Bank angefragt werden.

4. Verbotene Kartenverwendungen

Die Karte darf nicht für illegale Zwecke eingesetzt werden.

III. Sorgfaltspflichten des Kartenberechtigten

1. Aufbewahrung, Verlust, Diebstahl sowie Kartenmissbrauch

Die Karte ist jederzeit sorgfältig aufzubewahren. Wird die Karte verloren, gestohlen oder bestehen Hinweise auf eine missbräuchliche Verwendung, hat der Kartenberechtigte dies sofort der von der Bank bezeichneten Stelle zu melden.

2. Geheimhaltung der Legitimationsmittel (z.B. PIN-Code)

Der Kartenberechtigte ist verpflichtet, den PIN-Code sowie weitere ihm zur Verfügung gestellte Legitimationsmittel geheim zu halten. Diese dürfen nicht an Dritte weitergegeben oder aufgezeichnet werden, auch nicht in verschlüsselter Form. Weder der PIN-Code noch die weiteren Legitimationsmittel dürfen aus leicht ermittelbaren Kombinationen wie Telefonnummern, Geburtsdaten, Autokennzeichen, Namen des Kartenberechtigten oder von dessen Familienangehörigen bestehen. Die Bank wird den Kartenberechtigten nie zur Bekanntgabe des PIN-Codes und/oder von Passwörtern von weiteren Legitimationsmitteln auffordern. Die Bank lehnt jede Verantwortung/Haftung für allfällige nachteilige Folgen aufgrund der Nichtbeachtung der Pflichten der Kartenberechtigten ab.

3. Kontrollpflicht und Meldung von Unstimmigkeiten

Missbräuche oder andere Unregelmässigkeiten – insbesondere auf dem Kontoauszug eines der Karte zugrunde liegenden Bankkontos – sind der Bank bei Entdeckung unverzüglich zu melden.

Spätestens innert 30 Tagen nach Ausstellungsdatum des Kontoauszuges ist der Bank zudem eine schriftliche



Beanstandung mit allen Unterlagen, die in direktem Zusammenhang mit der/den beanstandeten Transaktion(en) stehen, einzureichen. Dies gilt unabhängig davon, ob Kontoauszüge dem Kontoinhaber oder auf dessen Veranlassung einem Dritten zugestellt werden. Andernfalls gilt der Kontoauszug in Bezug auf die Kartentransaktionen als genehmigt. Wird dem Kontoinhaber bzw. Kartenberechtigten ein Schadenformular zugestellt, so ist dieses innert zehn Tagen nach Erhalt ausgefüllt und unterzeichnet an die Bank zurückzusenden. Der Kartenberechtigte bzw. der Kontoinhaber ist verpflichtet, im Fall eines Missbrauchs alles zur Klärung und zur Minderung des Schadens vorzukehren. Dabei hat er die Anweisungen der Bank bzw. von durch diese beigezogenen Dritten zu beachten. Die Bank kann die Erstattung einer Strafanzeige bei der Polizei bzw. der zuständigen Strafuntersuchungsbehörde sowie eine Kopie bzw. Bestätigung der Anzeige verlangen. Der Kontoinhaber sowie andere Kartenberechtigte haften der Bank für Kosten, die dieser im Zusammenhang mit Beanstandungen wider besseres Wissen oder in betrügerischer Absicht entstehen.

4. Mitteilung von Änderungen

Sämtliche Änderungen von Angaben zu Kartenberechtigten (insbesondere Namens-, Adress- und Kontoänderungen sowie Änderungen von wirtschaftlich Berechtigten oder der Einkommensverhältnisse) sind der Bank umgehend schriftlich mitzuteilen. Mitteilungen der Bank an die ihr jeweils zuletzt bekannt gegebene Adresse gelten als gültig zugestellt. Die Bank behält sich vor, die ihr für Adressnachforschungen entstehenden Kosten dem Kontoinhaber zu belasten.

5. Wiederkehrende Leistungen

Wiederkehrende Leistungen, welche mittels der Karte bezahlt werden (z.B. Zeitungsabonnemente, Mitgliedschaften, Online-Services), sind direkt bei der Akzeptanzstelle zu kündigen, wenn sie nicht mehr gewünscht werden. Bei Aufhebung des Kartenvertrags ist der Kartenberechtigte verpflichtet, die Zahlungsmodalitäten bei der Akzeptanzstelle selbst zu ändern bzw. mit dieser neu zu vereinbaren respektive das entsprechende Vertragsverhältnis zu kündigen.

6. Zahlungstransaktionen im Internet

Sofern von der Akzeptanzstelle eine sichere Zahlungsmethode (z.B. 3-D Secure) angeboten wird, hat der Kartenberechtigte seine Zahlung über diese sichere Zahlungsmethode zu veranlassen und dabei die zusätzlichen Bestimmungen für die Benützung von Online-Services zu beachten.

IV. Verantwortlichkeit und Haftung

1. Schadenübernahme bei Einhaltung der Bedingungen / Nichtverschulden

Sofern der Kartenberechtigte die vorliegenden «Bedingungen» in allen Teilen eingehalten hat (insbesondere seine Sorgfaltspflichten) und ihn auch sonst kein Verschulden trifft, übernimmt die Bank Schäden, die dem Kontoinhaber aus missbräuchlicher Verwendung der Karte durch Dritte entstehen. Darin eingeschlossen sind Schäden infolge von Fälschungen oder Verfälschungen der Karte. Mit der Entgegennahme der Entschädigung tritt der Kontoinhaber seine Forderungen aus dem Schadenfall an die Bank ab. Kartenberechtigte haben nach bestem Wissen zur Aufklärung eines allfälligen Schadenfalles und zur Verminderung des Schadens beizutragen. Dabei ist den Anweisungen der Bank zu folgen.

Nicht als «Dritte» zu betrachten sind Kartenberechtigte, deren Ehepartner / eingetragene Partner / Lebenspartner, in direkter Linie verwandte Familienmitglieder (insb. Kinder und Eltern) oder andere diesen nahestehende Personen, Bevollmächtigte sowie mit diesen im gleichen Haushalt lebende Personen. Schäden, für die eine Versicherung aufzukommen hat sowie allfällige Folgeschäden werden nicht übernommen. Falls sich erweist, dass eine Beanstandung ungerechtfertigt ist, ermächtigt der Kontoinhaber die Bank, dem der Karte zugrundeliegenden Konto im Rahmen einer Entschädigung gutgeschriebene Beträge wieder zu belasten.

2. Bei Verletzung der Sorgfaltspflichten

Kartenberechtigte, die ihren Sorgfaltspflichten nicht nachkommen, haften bis zur Wirksamkeit einer allfälligen Sperre unbeschränkt für alle aus der missbräuchlichen Verwendung der Karte entstehenden Schäden. Der Kontoinhaber haftet dabei solidarisch mit dem jeweiligen Kartenberechtigten.

3. Für die mit der Karte abgeschlossenen Geschäfte

Die Bank lehnt jede Verantwortung für die unter Verwendung der Karte abgeschlossenen Geschäfte ab. Insbesondere sind allfällige Beanstandungen betreffend bezogene Waren oder Dienstleistungen sowie weitere Meinungsverschiedenheiten und Ansprüche aus entsprechenden Rechtsgeschäften direkt mit der betreffenden Akzeptanzstelle zu regeln. Das Belastungsrecht der Bank bleibt unbeschränkt bestehen.

4. Bei Nichtakzeptanz der Karte

Die Bank übernimmt keine Verantwortung für den Fall, dass sich eine Akzeptanzstelle aus irgendwelchen Gründen weigert, die Karte zu akzeptieren oder dass aus technischen oder anderen Gründen eine Zahlung oder ein Bezug mit der Karte nicht ausgeführt werden kann. Dasselbe gilt für Fälle, in denen sich die Verwendung der Karte an einem Automaten als unmöglich erweist oder wenn die Karte durch den Automaten beschädigt oder unbrauchbar gemacht wird.



5. Bei Einsatz mit PIN-Code oder weiteren Legitimationsmitteln

Jeder autorisierte Einsatz der Karte mit dem dazu passenden PIN-Code oder mit weiteren Legitimationsmitteln gilt als durch den Kartenberechtigten erfolgt. Dieser verpflichtet sich dadurch verbindlich für Käufe, Transaktionen oder für andere getätigte Geschäfte und für daraus resultierende Belastungen seiner Karte. Dementsprechend ist die Bank berechtigt, Beträge der so getätigten und elektronisch registrierten Transaktionen dem Konto zu belasten. Die Risiken aus der missbräuchlichen Verwendung der Karte mit dem dazu passenden PIN-Code oder mit weiteren Legitimationsmitteln liegen somit grundsätzlich beim Kontoinhaber.

Bei nachweislich rechtswidrigen Eingriffen von Dritten in die Einrichtungen von Netzwerk- und/oder Telekommunikationsbetreibern oder in die vom Kartenberechtigten für die Bezahlung genutzte Infrastruktur (z.B. EFT/POS-Terminals) übernimmt die Bank die Belastungen von rechtzeitig beanstandeten missbräuchlichen Kartenverwendungen, sofern der Kartenberechtigte seine Sorgfaltspflichten in allen Teilen eingehalten hat und ihn auch sonst kein Verschulden trifft.

6. Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses, Rückforderung oder Rückgabe der Karte(n)

Das Recht zur Nutzung der Karte, insbesondere auch für Telefon-, Korrespondenz- oder Internetbestellungen, erlischt in jedem Fall mit Beendigung des Vertragsverhältnisses oder nach der Rückforderung oder Rückgabe der Karte. Die Bank lehnt jegliche Haftung für durch Kartenberechtigte verursachte Schäden ab, die durch einen Gebrauch der Karte nach Beendigung des Vertragsverhältnisses oder nach der Rückforderung oder Rückgabe der Karte entstehen. Der Kontoinhaber haftet vollumfänglich für daraus erwachsende Schäden. Eine widerrechtliche Kartenverwendung kann zivil- und/oder strafrechtlich verfolgt werden.

V. Gebühren (einschliesslich Kommissionen, Zinsen und Kosten)

1. Gebühren

Die Bank kann eine Kartengebühr erheben. Eine solche wird vorbehaltlich abweichender Regelungen im Voraus fällig und es entsteht insbesondere bei Sperrung, Beendigung des Vertragsverhältnisses sowie Rückforderung oder Rückgabe der Karte kein Anspruch auf Rückerstattung. Der Karteneinsatz bzw. das Vertragsverhältnis können mit weiteren Gebühren, Kommissionen, Zinsen und Kosten verbunden sein. Abgesehen von ausserordentlich anfallenden, vom Kartenberechtigten schuldhaft verursachten Kosten wird deren Höhe dem Kontoinhaber in geeigneter Form zur Kenntnis gebracht und kann jederzeit bei der Bank angefragt oder unter www.bkb.ch abgerufen werden.

2. Transaktionen in Fremdwährung

Bei Transaktionen in einer anderen Währung als der Kartenwährung (Fremdwährung) anerkennt der Kontoinhaber eine Bearbeitungsgebühr der Bank. Deren Höhe richtet sich nach der geltenden Gebührenübersicht. Die Umrechnung der Fremdwährung in die Karten- bzw. Kontowährung erfolgt aufgrund eines durch die Bank festgelegten Umrechnungskurses.

3. Transaktionen in Schweizer Franken im Ausland

Wird die Karte in Schweizer Franken bei ausländischen Akzeptanzstellen zur Bezahlung in Schweizer Franken verwendet, kann die Bank eine Bearbeitungsgebühr in Rechnung stellen. Die Höhe der Bearbeitungsgebühr richtet sich nach der geltenden Gebührenübersicht.

VI. Zusätzliche Bedingungen für die Benützung von Online-Services

Die Bank kann dem Kartenberechtigten verschiedene via Internet, App oder E-Banking zugängliche Dienstleistungen (nachstehend «Online-Services» genannt) zur Verfügung stellen, insbesondere die Anzeige der getätigten Transaktionen sowie die Kontrolle und Bestätigung von Zahlungen im Internet, zum Beispiel mittels 3-D Secure in einer App. Für den Zugang zu den Online-Services hat sich der Kartenberechtigte jeweils mit den für die einzelnen Online-Services geltenden Legitimationsmitteln anzumelden. Neben den vorliegenden Bedingungen hat der Kartenberechtigte diesbezüglich weitere, ihm bei der Anmeldung bzw. Registrierung für die einzelnen Online-Services zur Kenntnis gebrachte spezifische Bedingungen bzw. Bestimmungen zu akzeptieren.

VII. Datenbearbeitung, Weitergabe von Daten sowie Beauftragung Dritter

1. Datenbearbeitung durch die Bank

Die Bank bearbeitet Daten des Kartenberechtigten für die Begründung und die Abwicklung des Kartenverhältnisses als Verantwortliche. Der Kontoinhaber ist verpflichtet, Dritte, deren Daten auf seine Veranlassung hin bearbeitet werden, über die Bearbeitung durch die Bank zu informieren.

2. Weitergabe von Daten und Datenbearbeitung

Der Kontoinhaber bzw. jeder Kartenberechtigte akzeptiert, dass die Bank zur Erbringung ihrer Dienstleistungen Dritte – namentlich einen Processor für die Abwicklung und Verarbeitung der Kartentransaktionen – beiziehen darf. Er ist insbesondere damit einverstanden, dass die von der Bank für die Abwicklung des Kartengeschäfts Beauftragten sowie von diesen beigezogenen Subunternehmer (z.B. zur Kartenherstellung) von seinen Daten soweit Kenntnis erhalten, als dies zur Erbringung der Dienstleistung bzw. sorgfältigen Erfüllung der jeweiligen Aufgaben erforderlich ist.



Ein Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten und die vorgenannte Datenbearbeitung ist nur durch Kündigung des Kartenvertrags möglich.

Der Kontoinhaber bzw. jeder Kartenberechtigte nimmt zur Kenntnis, dass sich aus Transaktionsdaten gegebenenfalls Rückschlüsse auf das Verhalten von Kartenberechtigten ziehen lassen (insbesondere betreffend Wohnort, Arbeitsort, Gesundheitszustand, finanzielle Verhältnisse, Freizeitverhalten, Sozialverhalten sowie weitere Angaben).

3. Datenbearbeitung zu Service-, Marktforschungs- und Marketingzwecken sowie zur Bekämpfung von Zahlkartenmissbrauch

Die Bank kann die Daten jedes Kartenberechtigten im Rahmen des Kundenservice bearbeiten, namentlich um eine effiziente Kundenbetreuung zu gewährleisten sowie Auswertungen für den Kartenberechtigten bzw. den Kontoinhaber zu erstellen und diesem anzuzeigen. Die Bank wird insbesondere auch ermächtigt, Kunden-, Konsum- und Präferenzprofile zu erstellen und auszuwerten, um Interessen und Verhalten von Kartenberechtigten zu analysieren und vorherzusagen («Profiling»), Produkte und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Debitkarten zu entwickeln und Kartenberechtigten entsprechende Produkte bzw. Dienstleistungen anzubieten bzw. Informationen darüber zukommen zu lassen sowie auch zum Zweck der Früherkennung von Zahlkartenmissbrauch. Sie kann Daten in diesem Zusammenhang mit zusätzlichen ihr bekannten Angaben des Kartenberechtigten anreichern. Ebenso kann sie für die genannten Zwecke Hilfspersonen beiziehen und diesen die Daten zugänglich machen.

4. Offenlegung von Daten aus gesetzlichen oder regulatorischen Gründen

Der Kontoinhaber und jeder Kartenberechtigte nimmt zur Kenntnis, dass Vertrags- und Transaktionsdaten von der Bank zur Erfüllung gesetzlicher oder regulatorischer Auskunftspflichten sowie zur Wahrung berechtigter Interessen (bspw. im Rahmen eines Rückforderungsverfahrens) offengelegt werden dürfen. Er nimmt ebenfalls zur Kenntnis, dass die Bank dem Kontoinhaber bzw. Kartenberechtigten Betrugswarnungen an die von diesem bekannt gegebene Mobiltelefonnummer senden kann, wodurch die Bankbeziehung sowie damit verbundene Informationen möglicherweise offengelegt werden.

5. Ermächtigung zur Einholung von Informationen und Unterlagen

Die Bank ist unabhängig von gesetzlich erlaubten Datenbeschaffungen in jedem Fall ermächtigt, sämtliche für die Prüfung der von Kartenberechtigten gemachten Angaben, für die Bearbeitung des Kartenantrages sowie für die Ausstellung der Karte und die Abwicklung des Vertrags erforderlichen Auskünfte bei Dritten einzuholen, insbesondere bei von der Bank für die Abwicklung des Karten-

geschäfts beizugezogenen Dritten sowie bei Wirtschaftsauskunfteien. Die Bank ist ermächtigt, weitere Auskünfte bei Dritten einzuholen, insbesondere bei der Zentralstelle für Kreditinformationen (ZEK), Behörden (z.B. Betriebs- und Steuerämtern, Einwohnerkontrollen), Arbeitgebern und weiteren gesetzlich vorgesehenen (z.B. Informationsstelle für Konsumkredit, IKO) und anderen geeigneten Informations- und Auskunftsstellen und bei Kartensper- rung, qualifiziertem Zahlungsrückstand oder missbräuchlicher Kartenverwendung und vergleichbaren Fällen durch den Kartenberechtigten der ZEK sowie in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen den zuständigen Stellen Meldung zu erstatten. Der ZEK und der IKO ist es ausdrücklich gestattet, ihren Mitgliedern solche Daten zugänglich zu machen. Der Kontoinhaber bzw. Kartenberechtigte ermächtigt die Bank, den für die Abwicklung des Kartengeschäfts beizugezogenen Dritten auf deren Verlangen hin sämtliche Informationen und Unterlagen herauszugeben, welche diese benötigen, um ihren Pflichten gemäss den geltenden oder allenfalls künftig in Kraft tretenden Bestimmungen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung nachzukommen. Dazu gehören insbesondere sämtliche für die Identifikation des Inhabers oder zur Feststellung des an den über die Karten umgesetzten Vermögenswerten wirtschaftlich Berechtigten sowie zur Durchführung von gesetzlich vorgeschriebenen zusätzlichen Abklärungen in diesem Zusammenhang erforderlichen Informationen und Unterlagen. Insofern entbindet der Kontoinhaber bzw. Kartenberechtigte die Bank gegenüber den beizugezogenen Dritten vom Bankgeheimnis. Die Bank ist berechtigt, den in vorstehendem Zusammenhang beizugezogenen Dritten Änderungen von Kundendaten mitzuteilen.

6. Datenbearbeitung zu Risikobewertungszwecken durch die Bank

Die Bank und durch die Bank beauftragte Dritte sind ermächtigt, die im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis und der Verwendung der Karte stehenden Daten aller Kartenberechtigten zur Berechnung und Bewertung von geschäftsrelevanten Kredit- und Marktrisiken und zur Erstellung von Risikoprofilen (Risikobewertungszwecke) zu speichern, zu bearbeiten, zu kombinieren, mit Daten aus externen Quellen anzureichern, zu nutzen und daraus Profile zu erstellen.

7. Beizug Dritter

Die Bank ist berechtigt, zur Abwicklung sämtlicher Dienstleistungen aus der Vertragsbeziehung, einschliesslich Prämienprogrammen (z.B. Antragsprüfung, Kartenherstellung, Vertragsabwicklung, Online-Services, Inkasso, Kommunikation mit Kunden, allfällige Berechnung von Kreditrisiken), zur Verbesserung der bei der Limitenvergabe und der Betrugsbekämpfung verwendeten Risikomodelle sowie für die Datenauswertung und den Versand von Angeboten und Informationen gemäss Ziff. VII 2 und



Ziff. VII 3 vorstehend ganz oder teilweise Dritte in der Schweiz und im EU- bzw. EWR-Raum sowie in einzelnen Fällen weltweit zu beauftragen. Der Kartenberechtigte ermächtigt die Bank, diesen Dritten die zur sorgfältigen Erfüllung der zugewiesenen Aufgaben nötigen Daten zur Verfügung zu stellen und dafür diese Daten auch ins Ausland weiterzuleiten. Eine Weitergabe von Daten erfolgt nur, wenn sich die Empfänger zu deren Geheimhaltung bzw. zur Wahrung eines angemessenen Datenschutzes verpflichten und diese Verpflichtungen auch eventuellen weiteren Vertragspartnern überbinden. Der Kartenberechtigte akzeptiert, dass auch bei Transaktionen in der Schweiz die Daten über die weltweiten Kartennetze zur Bank geleitet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass sich das schweizerische Recht (z.B. Bankkundengeheimnis, Datenschutz) auf schweizerisches Territorium beschränkt und somit alle ins Ausland gelangenden Daten keinen Schutz nach schweizerischem Recht und unter Umständen auch keinen gleichwertigen Schutz geniessen.

8. Visa Debit mit Drittleistungen oder Vergünstigungen

Falls die Bank in Zusammenarbeit mit Anbietern von Drittleistungen besondere Visa Debit oder damit zusammenhängende Programme oder spezielle Zusatzleistungen, wie beispielsweise Versicherungsleistungen, anbietet – namentlich gemäss Ziff. II 1.8) –, kann die Bank die dafür allenfalls notwendigen Daten zur Person des Kartenberechtigten (z. B. Namen, Geburtsdatum, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Ausbildungsende) dem Anbieter der Drittleistungen zur Verfügung stellen. Der Anbieter der Drittleistungen darf gestützt darauf den Kartenberechtigten direkt kontaktieren. Der Kartenberechtigte entbindet die Bank hiermit vom Bankkundengeheimnis und erteilt seine Einwilligung zur Datenübermittlung. Die Bank übernimmt keine Haftung für die vom Kartenberechtigten mit Anbietern von Drittleistungen allenfalls abgeschlossenen Geschäfte. Sind die Voraussetzungen für die Nutzung der jeweiligen Visa Debit nicht mehr erfüllt, darf die Bank dies dem Anbieter der Drittleistungen mitteilen und gegebenenfalls die betreffende Visa Debit zurückverlangen.

9. Datenschutzerklärung der Bank

Ergänzend zu den vorliegenden Bedingungen kommt die Datenschutzerklärung der Bank zur Anwendung. Diese kann unter www.bkb.ch/datenschutzerklaerung eingesehen bzw. abgerufen werden.

VIII. Kommunikation, Sicherheit elektronischer Kommunikationswege

Der Kartenberechtigte und die Bank können, soweit dies von der Bank vorgesehen ist, elektronische Kommunikationsmittel (z.B. App, E-Mail, SMS, Internet) verwenden. Kontaktiert der Kartenberechtigte die Bank via E-Mail oder gibt er der Bank seine E-Mail-Adresse bekannt, erklärt er sich dadurch einverstanden, dass die Bank ihn via E-Mail kontaktiert. Der Kartenberechtigte nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der offenen Konfiguration des Internets oder allfälliger anderer Kommunikationswege (z.B. Mobiltelefonnetz) trotz allen Sicherheitsmassnahmen der Bank die Möglichkeit besteht, dass sich Dritte unbefugten Zugang zur Kommunikation zwischen Kartenberechtigten und der Bank verschaffen können. Um dieses Risiko auf ein Minimum zu beschränken, nutzt der Kartenberechtigte alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um die von ihm benutzten Endgeräte (z.B. Computer, Mobiltelefon etc.) zu schützen, namentlich durch die Installation und regelmässige Aktualisierung von umfassenden Virenschutz- und Internet-Security-Programmen sowie Updates der verwendeten Betriebssysteme und Internet-Browser. Der Kartenberechtigte trägt sämtliche Folgen, die sich aus dem allfälligen unbefugten Abfangen von Daten durch Dritte ergeben. Die Bank behält sich vor, die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel, insbesondere für die Änderung vertragsrelevanter Daten und Dienstleistungen via Internet, vom Abschluss separater Vereinbarungen abhängig zu machen.

Version August 2021

Bestimmungen der Basler Kantonalbank zur Nutzung von one

I. Allgemeines	18
1. Allgemeine Bestimmungen zur Nutzung von One	18
2. Nutzung von One	19
3. Risiken, Gewährleistungsausschluss, Sorgfalts- und Meldepflichten	20
4. Haftung	21
II. Besonderes	22
1. 3-D Secure	22
2. Mobile Payment	22
III. Datenschutzerklärung One	24
1. Bearbeitung von Personendaten	24

I. Allgemeines

1. Allgemeine Bestimmungen zur Nutzung von One

1.1 Bestimmungen zur Nutzung von One und weitere Dokumente

Die vorliegenden Bestimmungen gelten für die von der Basler Kantonalbank (nachfolgend «Bank») den Inhabern (nachfolgend «Kartenberechtigte») einer von der Basler Kantonalbank herausgegebenen Haupt- oder Zusatzkarte oder einer Business Card der Bank, nachfolgend «Karte bzw. Karten», unter der Bezeichnung «One» zur Verfügung gestellten Online-Services (nachfolgend «Services»). One wird durch die Visa Payment Services SA, nachfolgend «Processor», betrieben. Die Bank zieht den Processor zur Erfüllung von Aufgaben aus dem Kartengeschäft bei. In den vorliegenden Bestimmungen können Kartenprodukte bzw. Funktionalitäten erwähnt sein, die von der Bank entweder gar nicht, vorübergehend nicht oder erst künftig angeboten werden. Eine entsprechende Erwähnung begründet keinen Anspruch von Kunden bzw. Kartenberechtigten auf die Zurverfügungstellung entsprechender Services.

One ist verfügbar über die One Website («Website») sowie die One App («App»).

Zu beachten sind die weiteren Informationen zu One – insbesondere zur Bearbeitung von Daten und zur Datensicherheit – in den Datenschutzbestimmungen unter nachfolgend III und den Nutzungsbestimmungen für One Digital Services des Processors («Nutzungsbestimmungen One»). Daneben gilt die Datenschutzerklärung der Bank unter www.bkb.ch/datenschutzerklaerung.

Die vorliegenden Bestimmungen gelten zusätzlich zu jeweils anwendbaren Bedingungen bzw. Bestimmungen für die Benützung von Karten der Bank. Im Falle abweichender Regelungen gehen die vorliegenden Bestimmungen solchen Bedingungen bzw. Bestimmungen vor. Die Bank behält sich vor, vorliegende Bestimmungen jederzeit zu ändern. Änderungen werden dem Kartenberechtigten in geeigneter Weise mitgeteilt.

1.2 Inhalt von One und Weiterentwicklung

One umfasst Services der Bank, welche durch den Processor im Auftrag der Bank erbracht werden. Die Nutzung von One setzt eine Registrierung voraus. Dem registrierten Kartenberechtigten werden neu eingeführte Services durch Aktualisierungen (Updates) zur Verfügung gestellt. Die Bank wird den Kartenberechtigten in geeigneter Weise über Weiterentwicklungen und gegebenenfalls damit zusammenhängende Änderungen der vorliegenden Bestimmungen informieren.



1.3 Funktionen von One

One kann aktuell oder künftig insbesondere folgende Funktionen umfassen:

- ein Benutzerkonto zur Verwaltung persönlicher Daten;
- die Kontrolle und die Bestätigung von Zahlungen, z.B. mittels 3-D Secure in der App oder durch Eingabe eines SMS-Codes (vgl. Ziff. II 1);
- die Kontrolle und die Bestätigung bestimmter Handlungen (z.B. Logins, Kontakte mit der Bank) in der App oder durch Eingabe eines SMS-Codes;
- die Aktivierung von Karten zur Nutzung von Zahlungsmöglichkeiten;
- den Austausch von Mitteilungen und Benachrichtigungen zwischen dem Kartenberechtigten und der Bank (darunter auch die Mitteilung einer Änderung von Bestimmungen), sofern nicht eine besondere Form der Mitteilung bzw. Benachrichtigung vorbehalten wird;
- eine Übersicht über Transaktionen oder Karten und eine elektronische Anzeige von Rechnungen;
- eine Übersicht über das Konto von Bonusprogrammen und die Möglichkeit zum Einlösen von Punkten;
- Informationen im Zusammenhang mit der Verwendung der Karte (aktuell SMS Services).

2. Nutzung von One

2.1 Nutzungsberechtigung

Der Kartenberechtigte ist unter folgenden Voraussetzungen berechtigt, One zu nutzen:

- Er ist in der Lage, die vorliegenden Bestimmungen und die damit verbundenen Anforderungen umzusetzen.
- Er ist zur Benützung einer durch die Bank herausgegebenen Karte als Inhaber einer Haupt- oder Zusatzkarte oder einer Business Card der Bank berechtigt.

2.2 Einwilligungen bei der Registrierung und im Rahmen der Weiterentwicklung von One

Der Kartenberechtigte erteilt der Bank durch die Verwendung von One hiermit ausdrücklich folgende Einwilligungen:

- Einwilligung in die Bearbeitung von Daten, die bei der Nutzung von One erhoben wurden oder werden. Dies umfasst insbesondere auch die Einwilligung in deren Verbindung mit bei der Bank bereits bestehenden Daten und die Erstellung von Profilen, jeweils zu Zwecken des Risikomanagements und zu Marketingzwecken der Bank oder des Processors und Dritter gemäss der Datenschutzerklärung One.
- Einwilligung in den Empfang von Mitteilungen und Informationen zu Produkten und Dienstleistungen

der Bank und Dritter zu Marketingzwecken (Werbung). Diese können von der Bank per E-Mail oder direkt in der App oder auf der Website zugestellt werden.

- Einwilligung in die Verwendung der bei der Registrierung angegebenen E-Mail-Adresse sowie der Website und der App zur gegenseitigen elektronischen Kommunikation mit der Bank (z.B. Mitteilungen von Adressänderungen, Mitteilung der Änderung von Bestimmungen oder Mitteilungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Kartenmissbrauch).
- Die Einwilligung in den Empfang von Mitteilungen zu Produkten und Dienstleistungen und/oder in die Datenbearbeitung zu Marketingzwecken kann jederzeit durch Mitteilung an die Bank mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Entsprechende Kontaktangaben enthält die Datenschutzerklärung der Bank.

2.3 Ablehnung von Einwilligungen im Rahmen der Weiterentwicklung von One

Lehnt der Kartenberechtigte die Erteilung einer Einwilligung in Bestimmungen im Rahmen der Weiterentwicklung von One (z.B. bei Updates) ab, können die App oder die Website oder einzelne Services unter Umständen nicht oder nicht mehr genutzt werden.

2.4 Wirkung der Vornahme von Bestätigungen

Jede Bestätigung, die über die App oder durch die Eingabe eines SMS-Codes vorgenommen wird, gilt als Handlung des Kartenberechtigten. Der Kartenberechtigte hat das Recht, den Beweis des Gegenteils zu erbringen. Der Kartenberechtigte verpflichtet sich, für aus Bestätigungen resultierende Belastungen seiner Karte einzustehen, und ermächtigt die Bank zur Ausführung entsprechender Aufträge und zur Vornahme entsprechender Handlungen.

2.5 Verfügbarkeit/Sperrung/Änderungen

Die Bank kann die Möglichkeit zur Nutzung von One jederzeit ganz oder teilweise auch ohne vorgängige Mitteilung unterbrechen, einschränken, einstellen oder durch eine andere Leistung ersetzen. Die Bank hat insbesondere das Recht, den Zugang des Kartenberechtigten zu One vorübergehend oder definitiv zu sperren (z. B. bei Verdacht auf Missbrauch).

2.6 Immaterialgüterrechte und Lizenz

Sämtliche Rechte (insbesondere Urheber- und Markenrechte) an Software, Texten, Bildern, Videos, Namen, Logos und anderen Daten und Informationen, die über One zugänglich sind oder im Lauf der Zeit zugänglich werden, stehen ausschliesslich der Bank oder den entsprechenden Partnern und Dritten (z. B. Processor,

Visa, Mastercard®) zu, sofern in diesen Bestimmungen nichts anderes vorgesehen ist. Die auf One sichtbaren Namen und Logos sind geschützte Marken.

Für die Nutzung der App gewährt die Bank dem Kartenberechtigten eine nicht ausschliessliche, nicht übertragbare, unbefristete, widerrufliche und unentgeltliche Lizenz, um die App herunterzuladen, auf einem Gerät des Kartenberechtigten zu installieren und sie im Rahmen der vorgesehenen Funktionen zu nutzen. Für die Nutzung der Website und elektronischer Kanäle der Bank gelten zusätzlich die entsprechenden Bestimmungen auf der Website der Bank.

3. Risiken, Gewährleistungsausschluss, Sorgfalts- und Meldepflichten

3.1 Risiken bei der Nutzung von One

Der Kartenberechtigte nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass die Nutzung von One mit Risiken verbunden ist.

Es ist insbesondere möglich, dass mit der Nutzung von One Karten, Benutzername und Passwort, verwendete Geräte oder persönliche Daten des Kartenberechtigten durch unberechtigte Dritte missbraucht werden. Dadurch kann der Kartenberechtigte finanziell (durch Belastung seiner Karte) geschädigt und in seiner Persönlichkeit (durch Missbrauch persönlicher Daten) verletzt werden. Weiter besteht das Risiko, dass One oder einer der auf One angebotenen Services nicht genutzt werden kann (z. B. wenn kein Login auf One möglich ist).

Missbräuche werden ermöglicht oder begünstigt insbesondere durch:

- die Verletzung von Sorgfalts- oder Meldepflichten durch den Kartenberechtigten (z.B. durch unsorgfältigen Umgang mit Benutzername / Passwort oder Nichtmelden von Kartenverlusten);
- die vom Kartenberechtigten gewählten Einstellungen oder mangelhaften Unterhalt der für die Nutzung von One verwendeten Geräte und Systeme (z.B. Computer, Mobiltelefon, Tablet etc.), z.B. durch fehlende Bildschirmsperre, durch fehlende oder ungenügende Firewall, mangelhaften Virenschutz oder durch veraltete Softwareversionen;
- Eingriffe Dritter oder Fehler bei der Datenübermittlung über das Internet (z.B. Hacking, Phishing oder Datenverlust);
- fehlerhafte Bestätigungen in der App oder durch Eingabe eines SMS-Code (z.B. bei mangelhafter Kontrolle einer Bestätigungsanfrage);
- vom Kartenberechtigten für One – insbesondere für die App – gewählte schwache Sicherheitseinstellungen (z.B. Speicherung des Login).

Hält der der Kartenberechtigte die Sorgfalts- und Meldepflichten im Umgang mit mobilen Geräten und dem Passwort sowie die Pflichten zur Kontrolle von Bestätigungsanfragen ein, kann er Risiken eines Missbrauchs vermindern.

Die Bank sichert nicht zu und leistet keine Gewähr, dass die Website und die App dauerhaft zugänglich sind oder störungsfrei funktionieren oder dass Missbräuche erkannt und mit Sicherheit verhindert werden können.

3.2 Allgemeine Sorgfaltspflichten des Kartenberechtigten

3.2.1 Allgemeine Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit verwendeten Geräten und Systemen, insbesondere mobilen Geräten

One verwendet zur Authentifizierung u.a. mobile Geräte (z.B. Mobiltelefon, Tablet; jeweils «mobiles Gerät») des Kartenberechtigten. Der jederzeitige Gewahrsam dieser mobilen Geräte ist deshalb ein wesentlicher Sicherheitsfaktor. Der Kartenberechtigte hat mobile Geräte mit angemessener Sorgfalt zu behandeln und für deren angemessenen Schutz zu sorgen.

Der Kartenberechtigte hat daher insbesondere folgende allgemeine Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit den verwendeten Geräten und Systemen, insbesondere den mobilen Geräten, einzuhalten:

- für mobile Geräte ist eine Bildschirmsperre zu aktivieren und es sind weitere Sicherheitsmassnahmen zu ergreifen, um die Entsperrung durch Unberechtigte zu verhindern;
- mobile Geräte müssen geschützt vor einem Zugriff Dritter an einem sicheren Ort aufbewahrt werden, und sie dürfen nicht an Dritte zum dauernden oder zum unbeaufsichtigten Gebrauch weitergegeben werden;
- die Software (z.B. Betriebssysteme und Internet-Browser) muss regelmässig aktualisiert werden;
- Eingriffe in die Betriebssysteme (z.B. «Jailbreaking» oder «Rooting») sind zu unterlassen;
- auf dem Laptop-/Desktopcomputer etc. sind Virenschutz- und Internet-Security-Programme zu installieren und regelmässig zu aktualisieren;
- die App darf ausschliesslich aus den offiziellen Stores (z.B. Apple Store und Google Play Store) heruntergeladen werden;
- Aktualisierungen (Updates) der App sind umgehend zu installieren;
- im Fall des Verlusts eines mobilen Gerätes ist alles zu unternehmen, um den Zugriff Unberechtigter auf die von der Bank an das mobile Gerät übermittelten Daten zu verhindern (z.B. durch Sperren der SIM-



Karte, Sperren des Gerätes, Löschen der Daten beispielsweise über «mein iPhone suchen» bzw. «Android Geräte Manager», Zurücksetzen oder Zurücksetzenlassen des Benutzerkontos). Der Verlust ist der Bank zu melden (vgl. Ziff. I 3.3);

- die App muss vor einem Verkauf oder einer sonstigen dauerhaften Weitergabe des mobilen Gerätes an Dritte gelöscht werden.

3.2.2 Allgemeine Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit dem Passwort

Neben dem Besitz des mobilen Gerätes dienen Benutzername und Passwort als weitere Faktoren für die Authentifizierung des Kartenberechtigten. Der Kartenberechtigte hat im Zusammenhang mit dem Passwort insbesondere folgende allgemeine Sorgfaltspflichten einzuhalten:

- der Kartenberechtigte muss ein Passwort festlegen, das er nicht bereits für andere Dienste verwendet hat und das nicht aus leicht ermittelbaren Kombinationen besteht (z.B. Telefonnummer, Geburtsdatum, Autokennzeichen, Namen des Kartenberechtigten oder ihm nahestehender Personen, wiederholte oder direkt anschliessende Zahlen- oder Buchstabenfolgen wie «123456» oder «aabbcc»);
- das Passwort muss geheim gehalten werden. Es darf Dritten nicht bekannt gegeben oder zugänglich gemacht werden. Der Kartenberechtigte nimmt zur Kenntnis, dass die Bank ihn nie zur Bekanntgabe des Passwortes auffordern wird;
- das Passwort darf weder notiert noch ungesichert gespeichert werden;
- der Kartenberechtigte muss das Passwort ändern oder das Benutzerkonto zurücksetzen oder durch die Bank zurücksetzen lassen, wenn Verdacht besteht, dass Dritte in den Besitz des Passwortes oder weiterer Daten gelangt sind;
- die Eingabe des Passwortes darf nur so erfolgen, dass sie von Dritten nicht eingesehen werden kann.

3.2.3 Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit Bestätigungsanfragen

Bestätigungen verpflichten den Kartenberechtigten verbindlich. Der Kartenberechtigte hat daher die folgenden allgemeinen Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit Bestätigungen in der App oder durch die Eingabe eines SMS-Codes einzuhalten:

- der Kartenberechtigte darf nur dann bestätigen, wenn die Bestätigungsanfrage mit einer bestimmten Handlung oder einem bestimmten Vorgang (z.B. Zahlung, Login, Kontakt mit der Bank) des Kartenberechtigten in unmittelbarem Zusammenhang steht;
- der Kartenberechtigte muss vor der Bestätigung kontrollieren, ob der Gegenstand der

Bestätigungsanfrage mit dem betreffenden Vorgang übereinstimmt. Insbesondere sind bei Bestätigungsanfragen im Zusammenhang mit 3-D Secure die angezeigten Zahlungsdetails zu kontrollieren.

3.3 Meldepflichten des Kartenberechtigten

Folgende Ereignisse sind der Bank umgehend zu melden:

- Verlust eines mobilen Gerätes;
- Bestätigungsanfragen, die nicht mit einer Online-Zahlung, einem Login durch den Kartenberechtigten, einem Kontakt mit der Bank oder ähnlichen Vorgängen im Zusammenhang stehen (Missbrauchsverdacht);
- anderweitiger Verdacht, dass Bestätigungsanfragen in der App oder der SMS-Code nicht von der Bank stammen;
- Verdacht auf Missbrauch von Benutzername, Passwort, mobilen Geräten, der Website, der App etc. oder Verdacht darauf, dass unberechtigte Dritte in den Besitz derselben gelangt sind;
- Änderungen der Telefonnummer und anderer relevanter persönlicher Daten;
- Wechsel des mobilen Gerätes, das für One verwendet wird (in diesem Fall muss die App neu registriert werden).

4. Haftung

4.1 Haftung bei Schäden im Allgemeinen

Unter Vorbehalt von Ziff. I 4.2 ersetzt die Bank Schäden, die nicht durch eine Versicherung übernommen werden,

- wenn diese infolge eines nachweislich rechtswidrigen Eingriffs in Einrichtungen von Netzwerk- und/oder Telekommunikationsbetreibern oder in die vom Kartenberechtigten genutzten Geräte und/oder Systeme (z.B. Computer, mobile Geräte und weitere EDV-Infrastruktur) entstanden sind;
- wenn der Kartenberechtigte die vorstehend in Ziff. I 3.2 und 3.3 statuierten Sorgfalts- und Meldepflichten, insbesondere die Pflichten zur Kontrolle von Bestätigungsanfragen und die Pflicht zur Prüfung der Monatsrechnung sowie die rechtzeitige Beanstandung missbräuchlicher Transaktionen, eingehalten hat und den Kartenberechtigten auch sonst in keiner Weise ein Verschulden an der Entstehung der Schäden trifft;
- wenn die betreffenden Schäden ausschliesslich durch eine Verletzung der geschäftsüblichen Sorgfalt der Bank entstanden sind.

Die Haftung für allfällige indirekte Schäden oder Folgeschäden des Kartenberechtigten irgendwelcher Art wird von der Bank unter Vorbehalt von Vorsatz oder Grobfahrlässigkeit ausgeschlossen.



4.2 Ausnahmen

Der Kartenberechtigte trägt das Risiko für Schäden in den folgenden Fällen selbst und die Bank schliesst jede Haftung aus:

- wenn die betreffenden Schäden nicht gemäss Ziff. I 4.1 von der Bank getragen werden (insbesondere bei einer Verletzung von Sorgfalts- und Meldepflichten durch den Kartenberechtigten) oder
- wenn der Kartenberechtigte, der Ehepartner oder eingetragene Partner des Kartenberechtigten, direkt verwandte Familienmitglieder (insbesondere Kinder und Eltern) oder andere dem Kartenberechtigten nahestehende Personen, Bevollmächtigte und/oder im gleichen Haushalt lebende Personen eine Handlung (z.B. Bestätigung in der App oder per SMS-Code) vorgenommen haben.

II. Besonderes

1. 3-D Secure

1.1 Was ist 3-D Secure?

3-D Secure ist ein international anerkannter Sicherheitsstandard für Kartenzahlungen im Internet. Er wird bei Visa «Verified by VISA», bei Mastercard® «Secure-Code» genannt. Der Kartenberechtigte ist verpflichtet, diesen Sicherheitsstandard bei Zahlungen zu verwenden, sofern er von der Akzeptanzstelle (dem Händler) angeboten wird.

1.2 Wie funktioniert 3-D Secure?

Erfolgte Zahlungen mit 3-D Secure können wie folgt bestätigt (autorisiert) werden:

- in der App oder
- durch Eingabe eines Codes, den die Bank dem Kartenberechtigten per Kurzmitteilung sendet (SMS-Code), im entsprechenden Fenster des Browsers während des Bezahlvorgangs. Jeder autorisierte Einsatz der Karte mit 3-D Secure gilt als durch den Kartenberechtigten erfolgt.

1.3 Aktivierung von Karten für 3-D Secure

3-D Secure wird für alle Karten, die auf den Namen des Kartenberechtigten lauten und mit einer registrierten Geschäftsbeziehung des Kartenberechtigten oder eines Dritten (wie einem Kontoinhaber) zur Bank zusammenhängen, durch die Registrierung auf One aktiviert.

1.4 Deaktivierung von Karten für 3-D Secure

3-D Secure kann aus Sicherheitsgründen nach erfolgter Aktivierung nicht mehr deaktiviert werden.

2. Mobile Payment

2.1 Was ist Mobile Payment?

Mit Mobile Payment werden Lösungen für den Einsatz von Karten über ein mobiles Gerät bezeichnet.

Mobile Payment ermöglicht dem Kartenberechtigten, der über ein kompatibles mobiles Gerät verfügt, berechnete Karten über eine mobile Applikation (App) der Bank (dazu Ziff. II 2.7) oder eines Drittanbieters für kontaktloses Bezahlen wie auch das Bezahlen in Online-Shops und in Apps zu nutzen. Dabei wird aus Sicherheitsgründen anstelle der Kartennummer jeweils eine andere Nummer (Token) generiert und als «virtuelle Karte» hinterlegt. Virtuelle Karten können über Mobile Payment wie eine physische Karte eingesetzt werden. Bei der Bezahlung mit einer virtuellen Karte wird nicht die Kartennummer, sondern lediglich die generierte Nummer (Token) an den Händler weitergegeben.

2.2 Welche mobilen Geräte sind kompatibel, und welche Karten sind zugelassen?

Kompatibel sind mobile Geräte wie z. B. Laptop, Mobiltelefone, Smartwatches und Fitnesstracker, soweit sie die Verwendung virtueller Karten unterstützen und von der Bank zugelassen sind. Die Bank entscheidet ferner frei, welche Karten für welche Anbieter zugelassen sind.

2.3 Aktivierung und Deaktivierung

Aus Sicherheitsgründen setzt die Aktivierung einer Karte voraus, dass der Kartenberechtigte die Nutzungsbedingungen des jeweiligen Mobile-Payment-Anbieters akzeptiert und dessen Datenschutzbestimmungen zur Kenntnis nimmt. Der Kartenberechtigte ist der Bank für Schäden infolge einer Verletzung solcher Bedingungen/ Bestimmungen ersatzpflichtig.

Virtuelle Karten können bis zu einer Sperrung oder Deaktivierung der Karte über die App durch den Kartenberechtigten eingesetzt werden. Vorbehalten bleiben Einschränkungen des Karteneinsatzes gemäss den für bestimmte Karten jeweils anwendbaren spezifischen Bedingungen. Der Kartenberechtigte kann die Nutzung von Mobile Payment jederzeit beenden, indem er seine virtuelle(n) Karte(n) beim jeweiligen Anbieter entfernt.

Kosten im Zusammenhang mit der Aktivierung und dem Einsatz virtueller Karten (z. B. Kosten für eine mobile Internetnutzung im Ausland) gehen zulasten des Kartenberechtigten.

2.4 Einsatz der virtuellen Karte (Autorisierung)

Der Einsatz einer virtuellen Karte entspricht einer üblichen Kartentransaktion. Jeder Einsatz einer



virtuellen Karte gilt als durch den Kartenberechtigten autorisiert.

Der Einsatz virtueller Karten ist entsprechend der vom Anbieter oder Händler (Akzeptanzstelle) vorgesehenen Weise zu autorisieren, z. B. durch Eingabe einer Geräte-PIN oder durch Fingerabdruck- oder Gesichtserkennung. Der Kartenberechtigte nimmt zur Kenntnis, dass sich dadurch das Risiko erhöht, dass virtuelle Karten durch Unberechtigte eingesetzt werden können, wenn das allenfalls vom Anbieter oder Händler zusätzlich geforderte Autorisierungsmittel (Geräte-PIN oder Karten-PIN) aus leicht zu ermittelnden Kombinationen besteht. Der Kartenberechtigte nimmt zur Kenntnis, dass je nach Anbieter oder Händler bis zu einem von diesem zu bestimmenden Betrag keine Autorisierung verlangt wird. Im Übrigen richtet sich die Haftung nach Ziff. 4 dieser Bestimmungen.

2.5 Besondere Sorgfaltspflichten

Der Kartenberechtigte nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass die Nutzung von Mobile Payment trotz aller Sicherheitsmassnahmen Risiken mit sich bringt. Es ist insbesondere möglich, dass virtuelle Karten und persönliche Daten von Unberechtigten missbraucht oder eingesehen werden. Dadurch kann der Kartenberechtigte durch missbräuchliche Belastungen einer Karte finanziell geschädigt und durch Missbrauch von persönlichen Daten in seiner Persönlichkeit verletzt werden.

Der Kartenberechtigte hat die verwendeten Geräte und virtuellen Karten sorgfältig zu behandeln und für deren Schutz zu sorgen. Der Kartenberechtigte hat – zusätzlich zu den Sorgfaltspflichten gemäss den jeweils anwendbaren Kartenbedingungen und den Sorgfalts- und Meldepflichten gemäss Ziff. I 3.2.1 und Ziff. I 3.3 der vorliegenden Bestimmungen – insbesondere folgende besondere Sorgfaltspflichten einzuhalten:

- Die verwendeten Geräte müssen bestimmungsgemäss verwendet und geschützt vor einem Zugriff Dritter aufbewahrt werden.
- Virtuelle Karten sind wie physische Karten persönlich und nicht übertragbar. Sie dürfen nicht Dritten zum Gebrauch weitergegeben werden (bspw. durch Hinterlegung von Fingerprints bzw. durch Scannen des Gesichts Dritter zur Entsperrung des verwendeten Geräts).
- Bei einem Wechsel oder einer Weitergabe eines mobilen Geräts (z.B. im Fall eines Verkaufs) muss jede virtuelle Karte in der App des Anbieters und im mobilen Gerät gelöscht werden.
- Ein Verdacht auf Missbrauch einer virtuellen Karte oder eines dafür verwendeten Geräts ist der Bank umgehend zu melden, damit die entsprechende virtuelle Karte gesperrt werden kann.

2.6 Gewährleistungsausschluss

Es besteht kein Anspruch auf die Nutzung von Mobile Payment. Die Bank kann die Nutzung jederzeit unterbrechen oder beenden, insbesondere aus Sicherheitsgründen oder bei Änderungen des Mobile-Payment-Angebotes oder einer Beschränkung der berechtigten Karten oder kompatiblen Geräte. Die Bank ist ferner nicht für Handlungen und Angebote des Anbieters oder anderer Dritter wie z. B. Internet- und Telefonieanbieter verantwortlich.

2.7 Karteneinsatz über die One App

Der Kartenberechtigte, der über ein kompatibles Gerät verfügt, kann seine Karte(n) in der One App aktivieren und als virtuelle Karte einsetzen. Zur Gewährleistung der Sicherheit bei Mobile Payment muss der Kartenberechtigte bei der Aktivierung eine Geheimzahl festlegen. Die Bank kann diesen Dienst jederzeit anpassen. Im Übrigen gelten die vorliegenden Bestimmungen für Mobile Payment, insbesondere die Besonderen Sorgfaltspflichten gemäss Ziff. II 2.5.

2.8 Datenschutz Mobile Payment

Der Drittanbieter und die Bank sind für ihre jeweilige Bearbeitung von Personendaten unabhängig verantwortlich. Der Kartenberechtigte nimmt zur Kenntnis, dass Personendaten im Zusammenhang mit dem Angebot und dem Einsatz von Mobile Payment (insbesondere Angaben über den Kartenberechtigten und aktivierte Karten und Transaktionsdaten aus dem Einsatz virtueller Karten) vom Drittanbieter erhoben und in der Schweiz oder im Ausland gespeichert und weiterbearbeitet werden. Die Bearbeitung von Personendaten durch den Drittanbieter im Zusammenhang mit Mobile Payment und der Verwendung von Angeboten und Leistungen des Drittanbieters einschliesslich dessen Geräte und dessen Software richtet sich nach dessen Nutzungs- und Datenschutzbestimmungen. Der Kartenberechtigte bestätigt daher durch jede Aktivierung einer Karte, dass er die Datenschutzbestimmungen des jeweiligen Drittanbieters gelesen und verstanden hat und dass er mit der entsprechenden Datenbearbeitung des Drittanbieters ausdrücklich einverstanden ist. Wünscht er die entsprechende Bearbeitung nicht, liegt es in der Verantwortung des Kartenberechtigten, auf die Aktivierung einer Karte zu verzichten oder der Bearbeitung gegenüber dem Drittanbieter zu widersprechen. Für die Bearbeitung von Personendaten durch die Bank sowie den Processor gelten die Datenschutzbestimmungen unter nachfolgend III, die Datenschutzerklärung der Bank sowie die Nutzungsbestimmungen One.



III. Datenschutzerklärung One

Die folgenden Datenschutzbestimmungen informieren darüber, wie die Bank Personendaten (oder «Daten») als Verantwortliche bearbeitet. Zur Bearbeitung zählt jeder Umgang mit Personendaten, insbesondere Beschaffung, Speicherung, Nutzung, Bekanntgabe oder Löschung von Daten. Kontaktdaten für Auskünfte zum Thema Datenschutz und Datenbearbeitung enthält die Datenschutzerklärung der Bank.

Kartenberechtigte erklären sich bei der Registrierung für One ausdrücklich mit den in dieser Datenschutzerklärung erwähnten Datenbearbeitungen einverstanden. Informationen zu weiteren Datenbearbeitungen im Rahmen der Kartenbeziehung enthalten die jeweiligen Kartenbedingungen sowie die allgemeinen und besonderen Bestimmungen zur Nutzung von One. Es wird ausserdem auf die globalen Datenschutzerklärungen von Visa und Mastercard® sowie die diesbezüglichen Durchsetzungsrechte Drittbegünstigter verwiesen.

1. Bearbeitung von Personendaten

1.1 Worum geht es in der Datenschutzerklärung One?

Unter der Bezeichnung «One» werden verschiedene Online-Services im Zusammenhang mit der Nutzung der herausgegebenen Karten zur Verfügung gestellt («One digital services»). Die Bereitstellung der Services erfordert eine Bearbeitung der Daten von Kartenberechtigten durch die Bank. Mit der vorliegenden Datenschutzerklärung werden die Kartenberechtigten über die Datenbearbeitung bei Nutzung der One digital services informiert.

1.2 Wie werden die Daten beschafft?

1.2.1 Welche Daten des Kartenberechtigten werden bekannt gegeben?

Bei der Registrierung für die One digital services sowie bei der Anmeldung und bei der Verwaltung des Benutzerkontos kann der Kartenberechtigte aufgefordert werden, E-Mail-Adresse, Geburtsdatum, Mobiltelefonnummer, Kartenummer und Aktivierungscode anzugeben.

1.2.2 Welche Daten werden automatisch erhoben?

- Daten zur Verwendung von mobilen Geräten des Kartenberechtigten, wie z.B. Hersteller, Gerätetyp, Betriebssystem mit Versionsnummer, Device ID, IP-Adresse
- Daten zur Verwendung von Computer und Browser sowie für den Zugang zum Internet, wie z.B. Gerätetyp, Betriebssystem, IP-Adresse
- Daten über die Verwendung des Benutzerkontos, wie z.B. Anzahl Logins mit Datum und Uhrzeit, Änderungen im Benutzerkonto, Akzept von Bestimmungen zur Nutzung der One digital services und der Datenschutzerklärung

- Daten über die vom Kartenberechtigten gewünschten Einstellungen, wie z.B. Speicherung des Benutzernamens oder des Logins
- Daten über Besuche und das Nutzungsverhalten auf der Website
- Daten, die bei der Nutzung der App anfallen, wie z.B. Updates oder Geräteinformationen zum Nutzungsverhalten, wie z.B. in der App oder per SMS-Code

1.2.3 Welche Informationen werden bei der Registrierung und Aktivierung der Services auf One erhoben?

- Informationen zum Kartenberechtigten und zu seinen für One registrierten Karten, welche im Benutzerkonto gespeichert werden
- Die Information darüber, dass 3-D Secure für die registrierten Karten durch eine Bestätigung in der App oder durch die Eingabe eines SMS-Codes verwendet wird
- Lieferadresse und Mobiltelefonnummer

1.2.4 Welche Informationen werden bei der Verwendung von Mobile Payment erhoben?

- Informationen zur Verwendung von Mobile Payment, wie z.B. das Aktivieren oder Deaktivieren von Karten und die Nutzung der Karten für Mobile Payment
- Informationen zum Betrag der Transaktion
- Informationen zu Verwendung der Karte, Zeitpunkt der Transaktion, Art der Verifizierung
- Bei Verwendung einer Mobile-Payment-Lösung von einem Drittanbieter kann der Drittanbieter ebenfalls Personendaten des Kartenberechtigten erheben und bearbeiten. Je nach Angebot gehören dazu z.B. Name, Kartenummer und ggf. Transaktionsdaten. Dazu sind die Nutzungs- und Datenschutzbestimmungen des Drittanbieters zu beachten.

1.2.5 Welche Informationen werden bei der Verwendung von 3-D Secure erhoben?

- Informationen zum Händler, zur Transaktion und zu deren Abwicklung sowie zur Bestätigung der Transaktion mit 3-D Secure
- Informationen im Zusammenhang mit den Geräten, die für die Transaktion und die Bestätigung verwendet werden
- Informationen im Zusammenhang mit dem Zugang zum Internet oder Mobilfunknetz, wie z.B. IP-Adresse, Name des Access Providers

1.2.6 Welche Daten werden bei der Anzeige des Kartenausschnitts des Händlerstandorts erhoben?

- Standortdaten der in der Schweiz niedergelassenen Händler
- Standortdaten, wie z.B. Händlername, Ort, Land und Branche
- Automatisierte periodische Google-Abfrage, um den Standort des Händlers zu präzisieren



1.3 Zu welchem Zweck werden die persönlichen Daten bearbeitet?

1.3.1 Erbringung der Services und Abwicklung des Kartenverhältnisses

- Ermöglichen von Registrierung, Anmeldung und Nutzung auf One digital services durch den Kartenberechtigten
- Aufbau einer sicheren Verbindung zwischen One digital services und dem mobilen Gerät des Kartenberechtigten
- Übermittlung von Bestätigungsanfragen, wie z. B. zur Bestätigung von Online-Zahlungen über One digital services, durch Push-Mitteilung oder per SMS-Code an den Kartenberechtigten
- Übermittlung der Information über vorgenommene Bestätigungen an die Bank
- Authentifizierung des Kartenberechtigten bei der Vornahme von Handlungen. Die App bzw. das verwendete mobile Gerät werden bei der Registrierung auf One eindeutig dem Kartenberechtigten zugeordnet. Die Bank kann so sicherstellen, dass die Bestätigung in der registrierten App bzw. mit dem registrierten mobilen Gerät vorgenommen wurde.
- Kommunikation mit dem Kartenberechtigten und Übermittlung von Informationen im Zusammenhang mit der Kartenbeziehung oder Kartenverwendung, wie z. B. Informationen über neue Rechnungen, Betrugsaktionen über One digital services und das mobile Gerät
- Entgegennahme von Mitteilungen des Kartenberechtigten
- Anzeige von Transaktionen und Rechnungen
- Abwicklung des Kartenvertragsverhältnisses mit dem Kartenberechtigten und der mit der Karte getätigten Transaktionen. Hierzu wird auf die Datenschutzerklärung der Bank sowie auf die Ziffern I und II dieser Nutzungsbestimmungen verwiesen.

1.3.2 Mobile Payment

- Für den Entscheid über die Zulassung der Karte für Mobile Payment
- Zu Aktivierung, Deaktivierung und Aktualisierung von Karten für Mobile Payment
- Zur Verhinderung von Missbrauch der hinzugefügten Karten
- Zur Kommunikation mit einem etwaigen Drittanbieter einer Mobile-Payment-Lösung im Rahmen der vorliegenden Bestimmungen und der Nutzungs- bzw. Datenschutzbestimmungen des betreffenden Anbieters, die im Verhältnis zwischen dem Kartenberechtigten und dem Drittanbieter gelten

1.3.3 Marketing

- Zur Verbindung von Daten mit bereits bei der Bank vorhandenen Daten (auch Daten aus Drittquellen)
- Zur Erstellung individueller Kunden-, Konsum- und

Präferenzprofile, die es der Bank ermöglichen, für den Kartenberechtigten Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und ihm anzubieten

- Zur Übermittlung von Informationen zu bestehenden oder neuen Produkten und Dienstleistungen der Bank sowie Dritter (Werbematerial) an den Kartenberechtigten
- Zur Bearbeitung durch den Drittanbieter im Rahmen seiner eigenen Nutzungs- bzw. Datenschutzbestimmungen

1.3.4 Weitere Bearbeitungszwecke

- Berechnung geschäftsrelevanter Kredit- und Marktrisiken
- Verbesserung der Sicherheit bei der Nutzung von Services, wie z. B. durch Verringerung des Risikos missbräuchlicher Transaktionen oder von Missbräuchen von Geräten oder Legitimationsmitteln wie etwa durch Phishing oder Hacking
- Nachweis von Handlungen und Abwehr von Ansprüchen gegen die Bank
- Verbesserung der Leistungen der Bank sowie von One digital services
- Erfüllung gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen
- Bearbeitung durch den Drittanbieter für seine eigenen Zwecke im Rahmen seiner eigenen Nutzungs- bzw. Datenschutzbestimmungen

1.4 Werden Daten weiteren Empfängern offengelegt?

1.4.1 Weitergabe an Dritte bzw. Datenerhebung durch Dritte

Dritte sind Personen oder Unternehmen, die Daten zu ihren eigenen Zwecken bearbeiten. Keine Dritten im vorliegenden Sinne sind beauftragte Dienstleister der Bank. Im Zusammenhang mit Karten, für welche die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank bzw. spezifische Kartenbedingungen gelten, gibt die Bank unter Vorbehalt der folgenden Bestimmungen grundsätzlich keine Daten – insbesondere keine Transaktionsdaten – an Dritte zu deren eigenen Zwecken weiter, es sei denn, der Kartenberechtigte hätte in eine solche Weitergabe eingewilligt oder diese selbst verlangt oder veranlasst. Insbesondere gibt die Bank keine von ihr erstellten individuellen Kunden-, Konsum- und Präferenzprofile ohne die separate, ausdrückliche Einwilligung des Kartenberechtigten an Dritte weiter.

1.4.2 Weitere Kategorien von Dritten, denen Daten offengelegt werden

- Daten (auch Transaktionsdaten) eines Zusatzkarteninhabers können dem Hauptkarteninhaber bekannt gegeben werden.
- Daten von Kartenberechtigten von «Firmenkarten» (Business Cards etc.) können dem betreffenden Unternehmen bekannt gegeben werden.



- Auf behördliche Anordnung bzw. gestützt auf gesetzliche Verpflichtungen legt die Bank Daten staatlichen Stellen wie Strafverfolgungs- oder Aufsichtsbehörden offen bzw. übermittelt sie an diese.

1.4.3 Übermittlung der Daten von Kartenberechtigten an Dritte durch die Verwendung von Mobile Payment

- Die für die Abwicklung der Transaktion notwendigen Karten- und Transaktionsdaten werden während des Bezahlvorgangs über die Server der Kartenorganisationen geleitet. Weitere Informationen zur Datenbearbeitung, Weitergabe von Daten und zum Beizug Dritter finden sich in den separaten Kartenbedingungen.
- Bei der Verwendung von Mobile Payment über einen Drittanbieter erhebt und bearbeitet der Drittanbieter Daten nach seinen eigenen Nutzungs- bzw. Datenschutzbestimmungen.

1.4.4 Elektronische Datenübermittlung

Daten des Kartenberechtigten können bei der Nutzung von elektronischer Datenübertragung auch ohne Zutun der Bank an Dritte (im In- und Ausland) gelangen.

Insbesondere bei der Nutzung der App und/oder von Mobilgeräten können Hersteller von Geräten oder von Software (wie z. B. Apple oder Google) personenbezogene Daten erhalten. Diese können die Daten nach deren eigenen Nutzungs- bzw. Datenschutzbestimmungen bearbeiten und weitergeben. Dies kann dazu führen, dass diese Dritten daraus auf eine Beziehung zwischen dem Kartenberechtigten und der Bank schliessen können. SMS unterliegen den geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur Überwachung des Fernmeldeverkehrs und werden auf dem Mobiltelefon gespeichert. Dritte können dadurch in den Besitz der entsprechenden Informationen kommen.

1.5 Wie werden Daten von Kartenberechtigten geschützt?

Die Übermittlung von Informationen zwischen der Bank, dem Processor und der App und/oder Mobilgeräten des Kartenberechtigten (nicht aber der Versand von SMS) erfolgt verschlüsselt. Diese Kommunikation mit dem Kartenberechtigten erfolgt jedoch über die öffentlichen Kommunikationsnetze. Diese Daten sind für Dritte grundsätzlich einsehbar, können während der Übertragung verloren gehen oder von unbefugten Dritten abgefangen werden. Es lässt sich deshalb nicht ausschliessen, dass sich Dritte bei der Verwendung von One trotz aller Sicherheitsmassnahmen Zugang zur Kommunikation mit dem Kartenberechtigten verschaffen. Bei der Verwendung des Internets können zudem Daten auch dann über Drittstaaten übermittelt werden, die unter Umständen nicht das gleiche Datenschutzniveau bieten wie die Schweiz, wenn sich der Kartenberechtigte in der Schweiz befindet.

Die Datensicherheit hängt auch von der Mitwirkung des Kartenberechtigten ab. Der Kartenberechtigte hat deshalb die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um seine Geräte und Daten zu schützen. Die dafür mindestens einzuhaltenden Sorgfalts- und Meldepflichten sind in Ziffer I festgehalten. Angemessene Sicherheitsmassnahmen erhöhen die Sicherheit und verringern die mit der Nutzung von One verbundenen Risiken.

1.6 Welche Rechte haben Kartenberechtigte im Zusammenhang mit ihren Daten?

- Auskunft zu Informationen über Personendaten und darüber, wie die Bank diese bearbeitet
- Berichtigung unrichtiger oder unvollständiger Personendaten
- Löschen von Personendaten
- Einschränkung der Bearbeitung von Daten
- Einreichen einer Beschwerde gegen die Art und Weise der Bearbeitung von Personendaten bei der zuständigen Behörde
- Widerspruch gegen oder Widerruf von Einwilligungen zur Bearbeitung von Personendaten

Die Rechte der Kartenberechtigten kann die Bank nur unter Wahrung der gesetzlichen Anforderungen gewähren. Auch wenn bspw. eine Einwilligung widerrufen wird, können Personendaten weiterhin im gesetzlich verlangten Umfang bearbeitet werden.

1.7 Wie lange speichert die Bank die Daten?

Die Bank speichert die Daten so lange es für den Zweck, für den sie erhoben wurden, erforderlich ist. Die Bank speichert Personendaten ferner, wenn ein berechtigtes Interesse an der Speicherung vorliegt, z. B. wenn die Daten benötigt werden, um Ansprüche durchzusetzen oder abzuwehren, um die IT-Sicherheit zu gewährleisten oder wenn Verjährungsfristen ablaufen. Sodann werden Daten gespeichert, um gesetzlichen und regulatorischen Pflichten nachzukommen.

Version August 2021

Bedingungen für die Benützung der BKB-Maestro-Karte

I. Allgemeine Bestimmungen

1. Einsatzarten (Funktionen)

Die BKB-Maestro-Karte kann für folgende Funktionen eingesetzt werden:

- als Bargeldbezugskarte im In- und Ausland (vgl. Ziff. II);
- als Zahlungskarte zur Bezahlung von Waren und Dienstleistungen im In- und Ausland (vgl. Ziff. II);
- für Einzahlungsdienstleistungen der Bank (vgl. Ziff. III).

2. Einsatzort

Die BKB-Maestro-Karten sind standardmässig innerhalb der Schweiz und Europas einsetzbar. Für die Verwendung der BKB-Maestro-Karte ausserhalb dieser Regionen ist die BKB-Maestro-Karte bei der Bank entsprechend freischalten zu lassen. Die Freischaltung ist maximal für zwei Monate möglich. Danach wird die Karte automatisch auf die Standardeinstellung zurückgesetzt. In begründeten Fällen kann die Freischaltung verlängert werden. Die BKB behält sich vor, das Zulassungsgebiet sowie die Dauer der Freischaltung jederzeit selber zu erweitern oder zu beschränken.

3. Kontobeziehung

Die BKB-Maestro-Karte bezieht sich immer auf ein bestimmtes Konto (nachfolgend «Konto» genannt) bei der kartenherausgebenden Bank (nachfolgend «Bank» genannt).

4. Kartenberechtigte*

Kartenberechtigte können Kontoinhaber, Kontobevollmächtigte oder vom Kontoinhaber bezeichnete Personen sein. Die BKB-Maestro-Karte lautet jeweils auf den Namen des Kartenberechtigten.

5. Eigentum

Die BKB-Maestro-Karte bleibt Eigentum der Bank.

6. Gebühr

Für die Ausgabe der BKB-Maestro-Karte und deren Autorisierung sowie für die Verarbeitung der damit getätigten Transaktionen kann die Bank vom Kontoinhaber Gebühren erheben, welche in angemessener Form bekannt zu geben sind. Diese Gebühren werden dem Konto belastet, auf das die BKB-Maestro-Karte ausgestellt ist.

7. Sorgfaltspflichten des Kartenberechtigten

Der Kartenberechtigte trägt insbesondere folgende Sorgfaltspflichten:

a) Unterzeichnung

Bei Erhalt der BKB-Maestro-Karte ist diese vom Kartenberechtigten sofort an der dafür vorgesehenen Stelle zu unterzeichnen.

b) Aufbewahrung

Die BKB-Maestro-Karte und die PIN sind besonders sorgfältig und voneinander getrennt aufzubewahren.

c) Geheimhaltung der PIN (Persönliche Identifikationsnummer)

Die PIN ist geheim zu halten und darf vom Kartenberechtigten keinesfalls an andere Personen weitergegeben werden. Insbesondere darf die PIN weder auf der BKB-Maestro-Karte vermerkt, noch in anderer Weise, auch nicht in geänderter Form, zusammen mit dieser aufbewahrt werden. Die PIN-Eingabe muss stets verdeckt erfolgen.

d) Änderung der PIN

Vom Kartenberechtigten geänderte PIN dürfen nicht aus leicht ermittelbaren Zahlenkombinationen (wie Telefonnummer, Geburtsdatum, Autokennzeichen usw.) bestehen.

e) Weitergabe der BKB-Maestro-Karte

Der Kartenberechtigte darf seine BKB-Maestro-Karte nicht weitergeben und sie insbesondere Dritten weder aushändigen noch sonst wie zugänglich machen.

f) Meldung bei Verlust

Bei Verlust der BKB-Maestro-Karte oder der PIN sowie bei Verbleiben der BKB-Maestro-Karte in einem Gerät ist die von der Bank bezeichnete Stelle unverzüglich zu benachrichtigen (vgl. auch Ziff. II. 5 und Ziff. II. 10).

g) Kontrollpflicht und Meldung von Unstimmigkeiten

Der Kontoinhaber ist verpflichtet, die entsprechenden Kontoauszüge sofort nach Erhalt zu prüfen und allfällige Unstimmigkeiten, insbesondere Belastungen, aufgrund missbräuchlicher Verwendung der Karte, der Bank unverzüglich zu melden, spätestens aber 30 Tage nach Erhalt des Kontoauszuges der betreffenden Rechnungsperiode. Innert 10 Tagen nach Erhalt des Schadenformulars und der Abtretungserklärung ist dieses ausgefüllt und unterzeichnet an die Bank zurückzusenden.

h) Meldung an die Polizei

Bei strafbaren Handlungen hat der Kartenberechtigte Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Er hat nach bestem Wissen zur Aufklärung eines allfälligen Schadenfalles und zur Verminderung des daraus resultierenden Schadens beizutragen.

* Die Begriffe Kontoinhaber resp. Kartenberechtigter werden vorliegend der Einfachheit halber geschlechtsneutral verwendet.



8. Deckungspflicht

Die BKB-Maestro-Karte darf nur verwendet werden, wenn auf dem Konto die erforderliche Deckung (Guthaben oder Kreditlimite) vorhanden ist. Die Bank ist berechtigt, Transaktionen abzulehnen, wenn die erforderliche Deckung auf dem Konto nicht vorhanden ist.

9. Belastungsrecht der Bank

Die Bank ist berechtigt, sämtliche Beträge aus dem Einsatz der BKB-Maestro-Karte (gemäss Ziff. I. 1) auf dem Konto zu belasten (vgl. Ziff. II. 5).

Das Belastungsrecht der Bank bleibt auch bei Streitigkeiten des Kartenberechtigten mit Drittpersonen uneingeschränkt bestehen.

Beträge in Fremdwährungen werden in die Währung des Kontos umgerechnet.

10. Geltungsdauer und Kartenerneuerung

Die BKB-Maestro-Karte ist bis zum Ende des auf ihr angegebenen Jahres gültig. Bei ordentlicher Geschäftsbwicklung und ohne ausdrücklichen Verzicht des Kartenberechtigten wird die BKB-Maestro-Karte vor Ende des auf ihr angegebenen Jahres automatisch durch eine neue BKB-Maestro-Karte ersetzt.

11. Kündigung

Eine Kündigung kann jederzeit erfolgen. Gleichbedeutend mit der Kündigung ist der Widerruf einer Vollmacht gemäss Ziff. I. 4.

Nach erfolgter Kündigung ist der Bank die BKB-Maestro-Karte unaufgefordert und unverzüglich zurückzugeben.

Durch vorzeitige Rückforderung oder Rückgabe der Karte entsteht kein Anspruch auf Rückerstattung der Jahresgebühr.

Die Bank bleibt trotz Kündigung berechtigt, sämtliche Beträge auf dem Konto zu belasten, welche auf Karteneinsätze vor der effektiven Rückgabe der BKB-Maestro-Karte zurückzuführen sind.

12. Änderungen der Bedingungen und der Preise

Die Bank behält sich die jederzeitige Änderung dieser Bedingungen und der Preise vor. Änderungen werden in angemessener Form mitgeteilt und gelten als genehmigt, falls die BKB-Maestro-Karte nicht vor Inkrafttreten der Änderungen zurückgegeben wird.

13. Allgemeine Geschäftsbedingungen

Im Übrigen gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank.

II. BKB-Maestro-Karte als Bargeldbezugs- und Zahlungskarte

1. Bargeldbezugsfunktion

Die BKB-Maestro-Karte kann jederzeit zum Bezug von Bargeld zusammen mit der PIN an entsprechend gekennzeichneten Geldautomaten im In- und Ausland oder mit Unterzeichnung des Transaktionsbeleges bei entsprechend gekennzeichneten Anbietern bis zu den für die BKB-Maestro-Karte festgesetzten Limiten eingesetzt werden.

2. Zahlungsfunktion

Die BKB-Maestro-Karte kann jederzeit zur Zahlung von Waren und Dienstleistungen im In- und Ausland zusammen mit der PIN, mit Unterzeichnung des Transaktionsbeleges oder durch blosser Verwendung der Karte (zum Beispiel in Parkhäusern, bei Autobahnzahlstellen oder bei kontaktloser Bezahlung) bei entsprechend gekennzeichneten Anbietern bis zu den für die BKB-Maestro-Karte festgesetzten Limiten eingesetzt werden.

3. PIN

Dem Kartenberechtigten wird zusätzlich zur BKB-Maestro-Karte in einem separaten, verschlossenen Umschlag die PIN zugestellt. Es handelt sich dabei um eine karteneigene, 6-stellige, maschinell berechnete PIN, welche weder der Bank noch Dritten bekannt ist. Werden mehrere BKB-Maestro-Karten ausgestellt, so erhält jede BKB-Maestro-Karte je eine eigene PIN.

4. Änderung der PIN

Dem Kartenberechtigten wird empfohlen, an dafür eingerichteten Geldautomaten eine neue, minimal 4-, maximal 6-stellige PIN aus Zahlen zu wählen, welche die zuvor geltende PIN unmittelbar ersetzt. Aus Sicherheitsüberlegungen sollte eine 6-stellige PIN gewählt werden. Die Änderung kann beliebig oft und jederzeit vorgenommen werden. Um den Schutz gegen missbräuchliche Verwendung der BKB-Maestro-Karte zu erhöhen, darf die gewählte PIN weder aus leicht ermittelbaren Kombinationen bestehen (vgl. Ziff. I. 7 lit.d), noch auf der BKB-Maestro-Karte vermerkt oder in anderer Weise, auch nicht in geänderter Form, zusammen mit dieser aufbewahrt werden.

5. Legitimation, Belastung und Risikotragung

Jede Person, die sich bei Verwendung der BKB-Maestro-Karte durch

- Eingabe der PIN,
- Unterzeichnen des Transaktionsbeleges oder
- kontaktloses Bezahlen

legitimiert, gilt als berechtigt, den Bargeldbezug bzw. die Bezahlung von Waren und Dienstleistungen mit der BKB-Maestro-Karte zu tätigen. Dies gilt auch, wenn es sich nicht um den Kartenberechtigten handelt. Dementsprechend ist die Bank berechtigt, sämtliche auf diese



Weise legitimierten Beträge dem Konto zu belasten. Die Risiken aus der missbräuchlichen Verwendung der BKB-Maestro-Karte liegen somit grundsätzlich beim Kontoinhaber.

6. Schadenübernahme bei Nichtverschulden

Unter der Voraussetzung, dass der Kartenberechtigte die Bedingungen für die Benützung der BKB-Maestro-Karte in allen Teilen eingehalten hat (insbesondere die Sorgfaltspflichten gemäss Ziff. I. 7) und ihn auch sonst in keiner Weise ein Verschulden trifft, übernimmt die Bank Schäden, die dem Kontoinhaber aus missbräuchlicher Verwendung der BKB-Maestro-Karte durch Dritte in der Funktion als Bargeldbezugs- oder Zahlungskarte entstehen. Miterfasst sind auch Schäden infolge Fälschung oder Verfälschung der BKB-Maestro-Karte. Nicht als «Dritte» zu betrachten sind die Kartenberechtigten und deren Partner sowie mit diesen im gleichen Haushalt lebende Personen.

Schäden, für die eine Versicherung aufzukommen hat, sowie allfällige Folgeschäden irgendwelcher Art werden nicht übernommen.

7. Technische Störungen und Betriebsausfälle

Aus technischen Störungen und Betriebsausfällen, die den Einsatz der BKB-Maestro-Karte in ihrer Bargeld- und/oder Zahlungsfunktion ausschliessen, entstehen den Kartenberechtigten keine Ansprüche auf Schadenersatz.

8. Limiten

Die Bank legt Limiten pro ausgegebene BKB-Maestro-Karte fest und teilt diese in angemessener Form mit. Die Orientierung allfälliger Bevollmächtigter über Limiten ist Sache des Kontoinhabers.

9. Transaktionsbeleg

Der Kartenberechtigte erhält bei Bargeldbezügen an den meisten Geldautomaten auf Verlangen, bei Bezahlung von Waren und Dienstleistungen automatisch oder auf Verlangen einen Transaktionsbeleg. Die Bank selbst verschickt in der Folge keine Belastungsanzeigen.

10. Sperrung

Die Bank ist jederzeit berechtigt, ohne vorgängige Mitteilung an den Kartenberechtigten und ohne Angabe von Gründen die BKB-Maestro-Karte zu sperren.

Die Bank sperrt die BKB-Maestro-Karte, wenn es der Kartenberechtigte ausdrücklich verlangt, er den Verlust der BKB-Maestro-Karte und/oder der PIN meldet sowie bei Kündigung. Die Sperrung kann nur bei der von der Bank bezeichneten Stelle verlangt werden.

Für Einsätze der BKB-Maestro-Karte vor Wirksamwerden der Sperrung innert geschäftsüblicher Frist ist die Bank berechtigt, das Konto zu belasten. Die mit der Sperrung verbundenen Kosten können dem Konto belastet werden. Die Sperrung wird nur mit Einverständnis des Kontoinhabers bei der Bank wieder aufgehoben.

III. BKB-Maestro-Karte für Einzahlungsdienstleistungen

Die BKB-Maestro-Karte kann für die Einzahlung von Noten und Münzgeld an entsprechend vorgesehenen Automaten genutzt werden. Der vom Automaten erkannte und vom Einzahler gegenüber dem Automaten bestätigte Betrag wird dem auf der BKB-Maestro-Karte aufgeführten bzw. durch die Multikontofunktion angehängten und am Bancomaten ausgewählten Konto abzüglich der in der Preisliste angegebenen Gebühr automatisch mit Valuta des Einzahlungstages gutgeschrieben.

Die Gutschrift erfolgt unabhängig davon, in welchem Verhältnis der Einzahler und der Kontoinhaber zueinander stehen, falls diese nicht identisch sind. Das Widerrufsrecht des Einzahlers erlischt mit der Entgegennahme des Betrages durch den Automaten.

Bedingungen für die Benützung der BKB-Bankkarte

I. Allgemeine Bestimmungen

1. Einsatzarten (Funktionen)

Die BKB-Bankkarte kann für folgende Funktionen eingesetzt werden:

- als Bargeldbezugskarte an Geldausgabeautomaten (GAA) bei der BKB (nachfolgend «Bank» genannt) (vgl. Ziff. II);
- für Einzahlungsdienstleistungen der Bank (vgl. Ziff. III);
- zur Abfrage von Kontosaldo und Transaktionen.

2. Kontobeziehung

Die BKB-Bankkarte bezieht sich immer auf ein bestimmtes Konto (nachfolgend «Konto» genannt) bei der kartenherausgebenden Bank. Die Bank bestimmt, für welche Kontoarten eine Bankkarte abgegeben wird.

3. Kartenberechtigte

Kartenberechtigte können Kontoinhaber, Kontobevollmächtigte oder vom Kontoinhaber bezeichnete Personen sein. Die BKB-Bankkarte lautet jeweils auf den Namen des Kartenberechtigten.

4. Eigentum

Die BKB-Bankkarte bleibt Eigentum der Bank.

5. Gebühr

Für die Ausgabe der BKB-Bankkarte und deren Autorisierung sowie für die Verarbeitung der damit getätigten Transaktionen kann die Bank vom Kontoinhaber Gebühren erheben, welche in angemessener Form bekannt zu geben sind. Diese Gebühren werden dem Konto belastet, auf das die BKB-Bankkarte ausgestellt ist.

6. Sorgfaltspflichten des Kartenberechtigten

Der Kartenberechtigte trägt insbesondere folgende Sorgfaltspflichten:

a) Unterzeichnung

Bei Erhalt der BKB-Bankkarte ist diese vom Kartenberechtigten sofort an der dafür vorgesehenen Stelle zu unterzeichnen.

b) Aufbewahrung

Die BKB-Bankkarte und die PIN (persönliche Identifikationsnummer) sind besonders sorgfältig und voneinander getrennt aufzubewahren.

c) Geheimhaltung der PIN

Die PIN ist geheim zu halten und darf vom Kartenberechtigten keinesfalls an andere Personen weitergegeben werden. Insbesondere darf die PIN weder auf der BKB-Bankkarte vermerkt noch in anderer Weise, auch nicht in geänderter Form, zusammen mit dieser aufbewahrt werden. Die PIN-Eingabe muss stets verdeckt erfolgen.

d) Änderung der PIN

Vom Kartenberechtigten geänderte PIN dürfen nicht aus leicht ermittelbaren Zahlenkombinationen (wie Telefonnummer, Geburtsdatum, Autokennzeichen usw.) bestehen.

e) Weitergabe der BKB-Bankkarte

Der Kartenberechtigte darf seine BKB-Bankkarte nicht weitergeben und sie insbesondere Dritten weder aushändigen noch sonst wie zugänglich machen.

f) Meldung bei Verlust

Bei Verlust der BKB-Bankkarte oder der PIN sowie bei Verbleiben der BKB-Bankkarte in einem Gerät ist die von der kartenherausgebenden Bank bezeichnete Stelle unverzüglich zu benachrichtigen (vgl. auch Ziff. II. 4 und Ziff. II. 9).

g) Kontrollpflicht und Meldung von Unstimmigkeiten

Der Kontoinhaber ist verpflichtet, die entsprechenden Kontoauszüge sofort nach Erhalt zu prüfen und allfällige Unstimmigkeiten, insbesondere Belastungen aufgrund missbräuchlicher Verwendung der Karte, der Bank unverzüglich zu melden, spätestens aber 30 Tage nach Erhalt des Kontoauszuges der betreffenden Rechnungsperiode. Innert 10 Tagen nach Erhalt des Schadenformulars und der Abtretungserklärung ist dieses ausgefüllt und unterzeichnet an die Bank zurückzusenden.

h) Meldung an die Polizei

Bei strafbaren Handlungen hat der Kartenberechtigte Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Er hat nach bestem Wissen zur Aufklärung eines allfälligen Schadenfalles und zur Verminderung des daraus resultierenden Schadens beizutragen.

7. Deckungspflicht

Die BKB-Bankkarte darf nur verwendet werden, wenn auf dem Konto die erforderliche Deckung (Guthaben oder Kreditlimite) vorhanden ist. Die Bank ist berechtigt, Transaktionen abzulehnen, wenn die erforderliche Deckung auf dem Konto nicht vorhanden ist.

8. Belastungsrecht der Bank

Die Bank ist berechtigt, sämtliche Beträge aus dem Einsatz der BKB-Bankkarte (gemäss Ziff. I. 1) auf dem Konto zu belasten (vgl. Ziff. II. 4).

9. Kündigung

Eine Kündigung kann jederzeit erfolgen. Gleichbedeutend mit der Kündigung ist der Widerruf einer Vollmacht gemäss Ziff. I. 3. Nach erfolgter Kündigung ist der Bank die BKB-Bankkarte unaufgefordert und unverzüglich zurück-



zugeben. Die Bank bleibt trotz Kündigung berechtigt, sämtliche Beträge auf dem Konto zu belasten, welche auf Karteneinsätze vor der effektiven Rückgabe der BKB-Bankkarte zurückzuführen sind.

10. Änderungen der Bedingungen und der Preise

Die Bank behält sich die jederzeitige Änderung dieser Bedingungen und der Preise vor. Änderungen werden in angemessener Form mitgeteilt und gelten als genehmigt, falls die BKB-Bankkarte nicht vor Inkrafttreten der Änderungen zurückgegeben wird.

11. Allgemeine Geschäftsbedingungen

Im Übrigen gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank.

II. BKB-Bankkarte als Bargeldbezugskarte

1. Bargeldbezugsfunktion

Die BKB-Bankkarte kann jederzeit zum Bezug von Bargeld zusammen mit der PIN an den GAA der BKB bis zu den für die Karte festgesetzten Limiten eingesetzt werden.

2. PIN

Dem Kartenberechtigten wird zusätzlich zur BKB-Bankkarte in einem separaten, verschlossenen Umschlag die PIN zugestellt. Es handelt sich dabei um eine karteneigene, 6-stellige, maschinell berechnete PIN, welche weder der Bank noch Dritten bekannt ist. Werden mehrere BKB-Bankkarten ausgestellt, so erhält jede BKB-Bankkarte je eine eigene PIN.

3. Änderung der PIN

Dem Kartenberechtigten wird empfohlen, am GAA der BKB eine neue, minimal 4-, maximal 6-stellige PIN aus Zahlen zu wählen, welche die zuvor geltende PIN unmittelbar ersetzt. Aus Sicherheitsüberlegungen sollte eine 6-stellige PIN gewählt werden. Die Änderung kann beliebig oft und jederzeit vorgenommen werden. Um den Schutz gegen missbräuchliche Verwendung der BKB-Bankkarte zu erhöhen, darf die gewählte PIN weder aus leicht ermittelbaren Kombinationen bestehen (vgl. Ziff. I. 6 lit.d), noch auf der BKB-Bankkarte vermerkt oder in anderer Weise, auch nicht in geänderter Form, zusammen mit dieser aufbewahrt werden.

4. Legitimation, Belastung und Risikotragung

Jede Person, die sich bei Verwendung der BKB-Bankkarte durch Eingabe der PIN legitimiert, gilt als berechtigt, den Bargeldbezug mit der BKB-Bankkarte zu tätigen; dies gilt auch, wenn es sich nicht um den Kartenberechtigten handelt. Dementsprechend ist die Bank berechtigt, den auf diese Weise legitimierten Betrag dem Konto zu belasten. Die Risiken aus der missbräuchlichen Verwendung der BKB-Bankkarte liegen somit grundsätzlich beim Kontoinhaber.

5. Schadenübernahme bei Nichtverschulden

Unter der Voraussetzung, dass der Kartenberechtigte die Bedingungen für die Benützung der BKB-Bankkarte in allen Teilen eingehalten hat (insbesondere die Sorgfaltspflichten gemäss Ziff. I. 6) und ihn auch sonst in keiner Weise ein Verschulden trifft, kann die Bank nach Einzelfallprüfung Schäden, die dem Kontoinhaber aus missbräuchlicher Verwendung der BKB-Bankkarte durch Dritte entstehen, ganz oder teilweise übernehmen. Miterfasst sind auch Schäden infolge Fälschung oder Verfälschung der BKB-Bankkarte. Nicht als «Dritte» zu betrachten sind die Kartenberechtigten und deren Partner sowie mit diesen im gleichen Haushalt lebende Personen. Schäden, für die eine Versicherung aufzukommen hat, sowie allfällige Folgeschäden irgendwelcher Art werden nicht übernommen.

6. Technische Störungen und Betriebsausfälle

Aus technischen Störungen und Betriebsausfällen, die den Einsatz der BKB-Bankkarte ausschliessen, entstehen den Kartenberechtigten keine Ansprüche auf Schadenersatz.

7. Limiten

Die Bank legt Limiten pro ausgegebene BKB-Bankkarte fest und teilt diese in angemessener Form mit. Die Orientierung allfälliger Bevollmächtigter über Limiten ist Sache des Kontoinhabers.

8. Transaktionsbeleg

Der Kartenberechtigte erhält bei Bargeldbezügen am GAA auf Verlangen einen Transaktionsbeleg. Die Bank selbst verschickt in der Folge keine Belastungsanzeigen.

9. Sperrung

Die Bank ist jederzeit berechtigt, ohne vorgängige Mitteilung an den Kartenberechtigten und ohne Angabe von Gründen die BKB-Bankkarte zu sperren. Die Bank sperrt die BKB-Bankkarte, wenn es der Kartenberechtigte ausdrücklich verlangt, er den Verlust der BKB-Bankkarte und/oder der PIN meldet sowie bei Kündigung.

Die Sperrung kann nur bei der von der Bank bezeichneten Stelle verlangt werden. Für Einsätze der BKB-Bankkarte vor Wirksamwerden der Sperrung innert geschäftsüblicher Frist ist die Bank berechtigt, das Konto zu belasten. Die mit der Sperrung verbundenen Kosten können dem Konto belastet werden. Die Sperrung wird nur mit Einverständnis des Kontoinhabers bei der Bank wieder aufgehoben.

III. BKB-Bankkarte für Einzahlungsdienstleistungen

Die BKB-Bankkarte kann für die Einzahlung von Noten und Münzgeld an entsprechend vorgesehenen Automaten genutzt werden. **Der vom Automaten erkannte und vom Einzahler gegenüber dem Automaten bestätigte Betrag wird dem auf der BKB-Bankkarte aufgeführten bzw.**



durch die Multikontofunktion angehängten und am Bancomaten ausgewählten Konto abzüglich der in der Preisliste angegebenen Gebühr automatisch mit Valuta des Einzahlungstages gutgeschrieben.

Die Gutschrift erfolgt unabhängig davon, in welchem Verhältnis der Einzahler und der Kontoinhaber zueinander stehen, falls diese nicht identisch sind. Das Widerrufsrecht des Einzahlers erlischt mit der Entgegennahme des Betrages durch den Automaten.



Bedingungen für das E-Banking

1. Dienstleistungen im E-Banking

- 1.1 Die von der Basler Kantonalbank (im Nachfolgenden «Bank») angebotenen Dienstleistungen im E-Banking sind in den «Informationen zum E-Banking» beschrieben. Diese bilden einen integrierenden Bestandteil dieser Bedingungen. Die «Informationen zum E-Banking» sind auf der Website der Bank auf der entsprechenden Loginseite zum E-Banking abrufbar. Die Bank behält sich deren jederzeitige Änderung vor.
- 1.2 Zahlungs- und Börsenaufträge können nicht rund um die Uhr ausgeführt werden. Die Ausführungszeiten sind den «Informationen zum E-Banking» zu entnehmen.
- 1.3 Der in diesen Bedingungen geregelte Datenaustausch bezieht sich auf Bankgeschäfte, die ihre Grundlage in separaten Verträgen oder Geschäftsbedingungen finden. Im Anwendungsbereich der vom Kunden gewünschten Dienstleistungen über das E-Banking gehen die nachfolgenden Bestimmungen allfälligen abweichenden Regeln der erwähnten Verträge oder Geschäftsbedingungen vor.
- 1.4 Mit der Inanspruchnahme der Dienstleistung «E-Dokumente» werden dem Kunden und/oder dem Nutzer die Bankbelege für Konti/Depots elektronisch via E-Banking bereitgestellt. Bestehende Postversand- oder Aufbewahrungsinstruktionen werden dadurch ersetzt, womit z.B. die Konto-/Depotauszüge, Anzeigen aus dem Zahlungsverkehr, Abrechnungen aus dem Börsenhandel und weitere Anzeigen/Benachrichtigungen (nachfolgend «Bankbelege») anstatt in Papierform einzig elektronisch im Rahmen von E-Banking der Person, welche die Dienstleistung «E-Dokumente» in Anspruch nimmt, zur Verfügung gestellt werden. Der Kontoabschluss und die Steuerbescheinigungen werden weiterhin per Post zugestellt. **Die Mitteilungs- und Rechenschaftspflichten gegenüber dem Kunden sind damit erfüllt.**

2. Nutzer/Loginverfahren/Identifikationsmittel

- 2.1 Zugang zum E-Banking erhält, wer sich bei der Benützung durch Eingabe der für diese Dienstleistungen gültigen Identifikationsmittel im Rahmen des jeweils gewählten Loginverfahrens als Nutzer legitimiert. Als Nutzer gilt nachfolgend die vom Kunden in der E-Banking-Vereinbarung für die Nutzung von E-Banking bezeichnete Person (d.h. der Kunde selbst oder eine bevollmächtigte Person).
- 2.2 Als Identifikationsmittel für die Nutzung des E-Banking sind erforderlich:
- a) die dem Nutzer von der Bank zugestellte Identifikationsnummer

- und
- b) das persönliche, selbst wählbare Passwort des Nutzers
 - und
 - c) ein jeweils einmalig gültiger Zusatzcode, der zeitnah gemäss dem jeweils vom Nutzer gewählten Loginverfahren übermittelt wird und nach Eingabe der gültigen Identifikationsnummer und des gültigen Passworts eingegeben oder bestätigt werden muss. Das Erfordernis der Eingabe eines Zusatzcodes kann je nach gewähltem Loginverfahren, wie beispielsweise der Nutzung eines Softwarezertifikats (SoftCert), entfallen.

Die einzelnen seitens der Bank jeweils zur Verfügung gestellten Loginverfahren können gemäss dem sich im Laufe der Zeit ändernden Stand der Technik ebenfalls ändern und werden auf der Website der Bank und gegebenenfalls in spezifischen Produkt- oder sonstigen Dokumentationen beschrieben.

Die Bank behält sich vor, bestehende Loginverfahren abzulösen und neue einzuführen, welche die vorstehend beschriebenen ergänzen oder ablösen können.

- 2.3 Wer sich gemäss Ziff. 2.2 legitimiert, gilt gegenüber der Bank als Berechtigter zur Nutzung von E-Banking-Dienstleistungen sowie anderer elektronischer Kanäle der Bank, deren Zugang ein entsprechendes Login erfordert.

Die Bank darf ihn daher im Rahmen und im Umfang der vom Kunden in der «Vereinbarung für das E-Banking» gewählten Dienstleistungen und Verfügungsarten, unabhängig von seinem Rechtsverhältnis zum Kunden – falls er nicht mit diesem identisch ist – und ungeachtet anderslautender Handelsregistereinträge, Veröffentlichungen oder Regelungen in Unterschriftendokumenten sowie ohne weitere Überprüfung seiner Berechtigung und unabhängig vom Rechtsverhältnis der Bank zum Kunden mittels E-Banking Abfragen tätigen, verfügen, Dokumente elektronisch beziehen sowie andere Funktionalitäten in den elektronischen Kanälen der Bank, deren Zugang mittels E-Banking-Login ermöglicht wird, nutzen lassen. Sie ist berechtigt, von ihm auch Aufträge und rechtsverbindliche Mitteilungen entgegenzunehmen und diese auszuführen.

- 2.4 Die Bank hat das Recht, jederzeit und ohne Angabe von Gründen die Erbringung von E-Banking-Dienstleistungen abzulehnen und darauf zu bestehen, dass sich der Nutzer in anderer Form (z.B. durch Unterschrift oder durch persönliche Vorsprache) legitimiert.



2.5 Der Kunde anerkennt vorbehaltlos sämtliche verbuchten Transaktionen, welche im Rahmen der vereinbarten E-Banking-Dienstleistungen vom Nutzer unter Verwendung seiner Identifikationsmittel getätigt worden sind. Desgleichen gelten sämtliche Instruktionen, Aufträge und Mitteilungen, welche die Bank auf diesem Weg erreichen, als vom Kunden verfasst und autorisiert und elektronisch bereitgestellte Dokumente als vom legitimierten Nutzer rechtmässig bezogen.

3. Sorgfaltspflichten des Kunden/Nutzers

3.1 Der Nutzer ist verpflichtet, das erste von der Bank mitgeteilte Startpasswort unverzüglich nach Erhalt und später regelmässig zu ändern. Passwörter dürfen nicht aus leicht ermittelbaren Kombinationen (wie Telefonnummer, Geburtsdatum, Autokennzeichen etc.) bestehen.

3.2 Erhält der Nutzer allfällige Aktivierungs- und/oder Verifizierungs-codes für E-Banking-Dienstleistungen, ist er verpflichtet, die Aktivierung bzw. Verifizierung unverzüglich und weisungsgemäss vorzunehmen.

3.3 Der Nutzer hat sicherzustellen, dass sämtliche Identifikationsmittel geheim gehalten werden und gegen missbräuchliche Verwendung durch Unbefugte geschützt sind. Insbesondere dürfen Passwörter nicht aufgezeichnet oder ungeschützt auf einem Endgerät (z.B. Computer, Laptop, Tablet, Mobiltelefon) abgelegt oder anderweitig aufgezeichnet werden. Ebenso wenig dürfen Identifikationsmittel Dritten ausgehändigt oder sonst wie zugänglich gemacht werden. Der Nutzer nimmt insbesondere zur Kenntnis, dass die Bank ihn niemals per E-Mail auffordert, seine Identifikationsmittel für E-Banking in irgendwelchen Erfassungsmasken einzugeben oder auf irgendeine Weise an die Bank oder sonstige Adressaten zu übermitteln.

3.4 Der Kunde trägt die Risiken, die sich aus der – auch missbräuchlichen – Verwendung seiner oder der Identifikationsmittel ermächtigter Nutzer ergeben, sofern es die Bank nicht unterlassen hat, mit der geschäftsüblichen Sorgfalt zu handeln.

Tritt ein Schaden oder ein anderer Nachteil ein, ohne dass die Bank oder der Kunde bzw. Nutzer ihre Sorgfalt verletzt haben, so trägt ihn diejenige Partei, in deren Einflussbereich die Ursache des Schadens bzw. der schädigenden Handlung gesetzt wurde. Für Schäden oder andere Nachteile aus Übermittlungsfehlern, technischen Störungen und rechtswidrigen Eingriffen in Geräte oder Software des Nutzers übernimmt die Bank keine Haftung.

3.5 Besteht Anlass zur Befürchtung, dass unberechtigte Drittpersonen Kenntnis von einem/mehreren Identifi-

kationsmittel/-n eines berechtigten Nutzers erlangt haben, so hat der Nutzer das entsprechende Identifikationsmittel unverzüglich zu wechseln bzw. zu ändern. Ist dies nicht möglich, hat er den Zugang zu den entsprechenden Dienstleistungen unverzüglich sperren zu lassen bzw. selbst zu sperren, indem er die auf den entsprechenden Webseiten der Bank umschriebenen Massnahmen ergreift oder gemäss Ziff. 5.1 dieser Bestimmungen vorgeht.

3.6 Besteht Anlass zur Befürchtung, dass unberechtigte Drittpersonen Zugang zum Endgerät des Nutzers erlangt haben (z.B. bei Verlust oder Diebstahl des Endgeräts), so ist der Nutzer zudem verpflichtet, während der auf den Webseiten der Bank umschriebenen Supportzeiten umgehend telefonisch die Hotline zu kontaktieren.

3.7 Der Nutzer hat alle von ihm eingegebenen Daten auf Vollständigkeit und Richtigkeit hin zu prüfen. Die Verantwortung bezüglich der vom Nutzer übermittelten Daten bleibt beim Kunden.

4. Ausschluss der Haftung der Bank und deren Angestellten

4.1 Die Bank übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihr im E-Banking angezeigten Daten. Insbesondere gelten Angaben über Konti und Depots (Saldi, Auszüge, Transaktionen etc.) sowie allgemein zugängliche Informationen wie Börsen- und Devisenkurse als vorläufig und unverbindlich. Solche Daten stellen keine verbindlichen Offerten dar, es sei denn, sie sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Massgebend sind die Angaben in den Auszügen und Belegen der Bank, die dem Kunden in Papierform oder elektronisch zugestellt werden.

4.2 Die Bank vermittelt nicht den technischen Zugang zu ihren Dienstleistungen. Dies ist die alleinige Sache des Nutzers. Er nimmt insbesondere zur Kenntnis, dass die Bank für den Internetzugang und für die Nutzung des E-Banking erforderliche spezielle Software weder vertreibt noch den Nutzer bei Software- und Hardwareproblemen unterstützt. Die Bank übernimmt demzufolge weder für Netzbetreiber (Provider) noch für allenfalls erforderliche Software eine Gewähr.

4.3 Der Datenverkehr erfolgt über öffentliche, nicht speziell geschützte Telekommunikationsnetze (Telefon, Internet etc.). Die Bank schliesst die Haftung für Schäden aus der Benützung dieser Netze aus. Insbesondere haftet die Bank nicht für Schäden, die dem Kunden/Nutzer infolge von Übermittlungsfehlern, technischen Mängeln, Störungen des Telefonnetzes oder des Internets, rechtswidrigen Eingriffen in Einrichtungen der Netze, Überlastungen der Netze,



mutwilliger Blockierung der elektronischen Zugänge durch Dritte, Unterbrüchen oder anderen Unzulänglichkeiten seitens der Netzbetreiber entstehen.

- 4.4 Trotz aller Sicherheitsmassnahmen kann die Bank keine Verantwortung für das Endgerät des Nutzers übernehmen, da dies aus technischer Sicht nicht möglich ist (zu den Risiken vgl. Ziff. 8).
- 4.5 Im Übrigen schliesst die Bank die Haftung für allenfalls von ihr empfohlene oder gelieferte Software (z.B. CD, Download, Apps) sowie für die Folgen, die sich aus und während des Transports der Software via Internet ergeben, ausdrücklich aus.
- 4.6 Die Bank haftet bei Anwendung der geschäftsüblichen Sorgfalt nicht für die Folgen von Störungen und Unterbrüchen, insbesondere in der Verarbeitung im E-Banking-Betrieb (z.B. verursacht durch rechtswidrige Eingriffe ins System).
- 4.7 Die Bank behält sich bei der Feststellung von Sicherheitsrisiken jederzeit vor, die Dienstleistungen des E-Banking zum Schutz des Kunden/Nutzers bis zu deren Behebung zu unterbrechen. Für aus einem solchen Unterbruch allfällig entstandenen Schaden übernimmt die Bank keine Haftung.
- 4.8 Werden Aufträge mangelhaft oder zu Unrecht nicht bzw. nicht rechtzeitig ausgeführt und entsteht ein Schaden, haftet die Bank höchstens für den Zinsausfall (gilt nicht für Börsenaufträge).

5. Sperre

- 5.1 Der Kunde kann den eigenen oder den Zugang des von ihm bevollmächtigten Nutzers zu den Dienstleistungen im E-Banking sperren lassen. Die Sperrung kann nur während der in den «Informationen zum E-Banking» angegebenen Zeiten verlangt werden. Die Bank kann verlangen, dass eine Sperrung zusätzlich schriftlich bestätigt werden muss. Der Nutzer kann den Zugang zu den Dienstleistungen im E-Banking jederzeit auch selber sperren, indem er dreimal hintereinander ein falsches Passwort oder einen falschen Zusatzcode eingibt, sofern das von ihm genutzte Loginverfahren die Eingabe eines Zusatzcodes verlangt.
- 5.2 Die Bank kann verlangen, dass der Kunde die Aufhebung einer von diesem oder einem Nutzer veranlassten Sperrung schriftlich beantragt.
- 5.3 Ebenso ist die Bank berechtigt, den Zugang des Nutzers zu einzelnen oder allen Dienstleistungen jederzeit ohne Angabe von Gründen und ohne vorherige Kündigung der entsprechenden E-Banking-Vereinbarung zu sperren, wenn ihr dies nach eigenem

Ermessen aus sachlichen Gründen als angezeigt erscheint.

6. Vollmachtsbestimmungen

Die Ermächtigung eines Nutzers zur Nutzung der Dienstleistungen im E-Banking gilt bis zum an die Bank gerichteten schriftlichen Widerruf durch den Kunden. Die Löschung oder Änderung der Vollmacht bzw. des Zeichnungsrechts eines bevollmächtigten Nutzers gemäss bei der Bank hinterlegten Unterschriftendokumenten oder die Löschung bzw. Änderung des Zeichnungsrechts eines Nutzers im Handelsregister bewirkt nicht automatisch die Aufhebung von dessen Ermächtigung zur Benützung des E-Banking.

Eine erteilte Ermächtigung erlischt im Todesfall sowie bei allfälligem Verlust der Handlungsfähigkeit des Kunden nicht automatisch.

7. Finanzassistent

- 7.1 Die Bank stellt einen Finanzassistenten zur Verfügung. Dieser stellt eine Dienstleistung im Rahmen des E-Banking bzw. im Rahmen der digitalen Kanäle der Bank dar. Der Finanzassistent unterstützt den Kunden bei der Verwaltung seiner persönlichen Finanzen.
- 7.2 Im Rahmen des Finanzassistenten werden Kontotransaktionen und – sofern dafür im Rahmen des E-Banking bzw. in den digitalen Kanälen der Bank eine ausdrückliche Einwilligung erteilt wurde – Kreditkartentransaktionen sowie vom Kunden erfasste Daten automatisch bestimmten Kategorien zugeordnet. Der Kunde kann die Zuordnung jederzeit anpassen.
- 7.3 Die Vertraulichkeit der Kundendaten ist jederzeit gewährleistet. Es werden keine Daten, die Rückschlüsse auf eine bestimmte Person zulassen, an Dritte weitergegeben.
- 7.4 Der Kunde kann den Finanzassistenten in den Einstellungen jederzeit deaktivieren oder die Zustimmung zum Einbezug von Kreditkartendaten jederzeit widerrufen. Die Bank kann die Dienstleistung nach eigenem Ermessen vorübergehend oder dauernd einstellen.

8. Sicherheit im E-Banking

- 8.1 Der Kunde nimmt zudem zur Kenntnis, dass die Daten über ein offenes, jedermann zugängliches Netz, das Internet, transportiert werden. Die Daten werden somit regelmässig und unkontrolliert grenzüberschreitend übermittelt. Dies gilt auch für eine Datenübermittlung, wenn sich Sender und Empfänger in der Schweiz befinden. Zwar werden die einzelnen Datenpakete verschlüsselt übermittelt, unverschlüsselt bleiben hingegen jeweils Absender und Empfänger. Diese können auch von Dritten gelesen werden. Der Rück-

schluss auf eine bestehende Bankbeziehung ist deshalb für einen Dritten möglich.

8.2 Bei der Entwicklung des E-Banking wird besonderer Wert auf die Sicherheit gelegt. Zur Sicherheit des Kunden/Nutzers wurde ein mehrstufiges Sicherheitssystem entwickelt, das unter anderem auf kryptografische Verfahren mit hohem Standard zurückgreift. Aufgrund der Verschlüsselung ist es grundsätzlich keinem Unberechtigten möglich, die vertraulichen Kundendaten einzusehen. Dennoch kann auch bei allen dem neuesten Stand der Technik entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen sowohl auf Seiten der Bank wie auch des Kunden bzw. Nutzers eine absolute Sicherheit nicht gewährleistet werden. Der Kunde/Nutzer nimmt zur Kenntnis, dass insbesondere das Endgerät die Schwachstelle beim Zugang zum E-Banking ist. Die regelmässige Aktualisierung (Updates) der Software (z.B. Betriebssystem) des Endgeräts ist Sache des Nutzers.

8.3 Der Kunde/Nutzer nimmt insbesondere folgende Risiken zur Kenntnis:

- Ungenügende Systemkenntnisse und mangelnde Systemvorkehrungen können einen unberechtigten Zugriff erleichtern (z.B. ungenügend geschützte Speicherung von Daten auf der Festplatte, File-Transfers, Bildschirmabstrahlung etc.). Es obliegt dem Kunden/Nutzer, sich über erforderliche Sicherheitsvorkehrungen genau zu informieren.
- Die Erstellung eines Nutzerprofils durch den Internetprovider des Nutzers kann niemand ausschliessen, d.h., dieser Provider hat die Möglichkeit, nachzuvollziehen, wann der Nutzer mit wem in Kontakt getreten ist.
- Es besteht die dauernde Gefahr, dass sich ein Dritter während der Nutzung des Internets unbemerkt Zugang zum Endgerät des Nutzers verschafft (z.B. mittels Java- oder ActiveX-Applikation).
- Es besteht die dauernde Gefahr, dass sich bei Nutzung des Internets Schadsoftware (wie z.B. Computerviren) auf dem Endgerät des Nutzers ausbreitet, wenn dieses in Kontakt mit anderen Systemen steht, sei es über Computernetze oder andere Datenträger.
- Es wird vorausgesetzt, dass der Nutzer nur mit Software aus vertrauenswürdiger Quelle arbeitet.
- Modifikationen des Betriebssystems des Endgeräts des Nutzers (z.B. Jailbreak, Rooten) können einen unberechtigten Zugriff erleichtern.

9. Import- und Exportbeschränkungen

9.1 Der Kunde/Nutzer nimmt zur Kenntnis, dass er mit Benützung des E-Banking aus dem Ausland unter Umständen Bestimmungen des ausländischen Rechts verletzen kann. Es ist Sache des Kunden/Nutzers, sich

darüber zu informieren. Die Bank lehnt diesbezüglich jede Haftung ab.

9.2 Der Kunde/Nutzer nimmt zur Kenntnis, dass bezüglich Verschlüsselungsalgorithmen Import- und Exportbeschränkungen bestehen können, gegen die bei einer Nutzung von E-Banking-Dienstleistungen im Ausland bzw. vom Ausland aus gegebenenfalls verstossen werden könnte.

10. Kundendaten und Marketing

Der Kunde/Nutzer ist damit einverstanden, dass die Bank Kunden- resp. Nutzerdaten aus dem E-Banking zu internen Marketingzwecken verarbeitet. Betreffend den Umgang mit Kundendaten wird überdies auf die Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie die Datenschutzerklärung der Bank verwiesen. Diese ist auf der Website der Bank unter www.bkb.ch/datenschutzerklaerung einsehbar.

11. Vertragsauflösung

Vereinbarungen für das E-Banking können seitens des Kunden und der Bank jederzeit schriftlich gekündigt werden. Die Bank ist berechtigt, bestehende Vereinbarungen für das E-Banking und damit den Zugang zu den E-Banking-Dienstleistungen nach eigenem Ermessen ohne vorgängige Kündigung oder nachträgliche Mitteilung an den Kunden aufzuheben, wenn ein Zugang innerhalb eines Jahres seit Abschluss der Vereinbarung nie oder während mehr als eines Jahres nicht mehr genutzt wurde.

12. Vorbehalt besonderer gesetzlicher Bestimmungen

Allfällige gesetzliche oder anderweitige Bestimmungen, die den Betrieb und die Benützung des Internets regeln, bleiben vorbehalten und gelten ab ihrer Inkraftsetzung auch für bestehende Vereinbarungen für das E-Banking.

13. Allgemeine Geschäftsbedingungen

13.1 Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank gelten auch für die Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen im E-Banking.

14. Teilnichtigkeit

Die Ungültigkeit, Widerrechtlichkeit oder fehlende Durchsetzbarkeit einzelner oder mehrerer Bestimmungen dieser Bedingungen berühren die Gültigkeit der übrigen Vertrags-teile nicht.

15. Änderung der Bedingungen für das E-Banking

Die Bank kann die Bedingungen und das Angebot für das E-Banking jederzeit ändern. Sie zeigt dies dem Kunden/Nutzer auf geeignete Weise an. Äussert sich der Kunde zu Änderungen der Bedingungen und/oder der Dienstleistungen nicht innert Monatsfrist seit deren Bekanntgabe, gelten die Änderungen als genehmigt.



16. Mobile Banking

Die vorliegenden Bedingungen für das E-Banking gelten auch für die Dienstleistung Mobile Banking. Allfällige Abweichungen ergeben sich aus den Bestimmungen in den «Informationen zum E-Banking».

Stand Januar 2020

Besondere Bedingungen für SEPA-Transaktionen

Die nachstehenden Bedingungen regeln die Beziehung zwischen dem Kunden und der Basler Kantonalbank (nachstehend «Bank» genannt) für inländische und grenzüberschreitende Überweisungen in Euro im Rahmen der SEPA-Zahlungsverkehrsstandards (SEPA = Single Euro Payments Area). Sie gelten ergänzend zu den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank sowie – bei Beanspruchung der entsprechenden Dienstleistungen – den für den Zahlungsverkehr relevanten Bestimmungen wie beispielsweise betreffend BKB-E-Banking.

1. Erforderliche Angaben im Zahlungsauftrag

Damit eine Überweisung an ein anderes Institut als SEPA-Zahlung ausgeführt werden kann, ist dieser Auftrag elektronisch zu übermitteln und der Auftraggeber hat der Bank folgende Angaben zu übermitteln:

- Auftraggeber:
 - IBAN (International Bank Account Number) oder Kontonummer des Auftraggeberkontos
 - Name, Vorname bzw. Firma
 - Wohnsitzadresse/Sitzadresse
 - PLZ/Ort
- Begünstigter:
 - BIC der Begünstigtenbank
 - Angaben zur Begünstigtenbank
 - IBAN Begünstigtenkonto
 - Name, Vorname bzw. Firma
 - Wohnsitzadresse/Sitzadresse
 - PLZ/Ort
- Überweisungsbetrag in Euro
- Gewünschtes Ausführungsdatum
- Spesenregelung: Gebührenteilung, d.h., Auftraggeber und Begünstigter bezahlen die Preise des eigenen Finanzinstituts.
- Im Feld «Instruktionen an die Bank» ist «SEPA» einzutragen, andere Einträge sind nicht zulässig bzw. werden nicht berücksichtigt. Fehlt der Eintrag «SEPA», ist die Bank dennoch berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, den Auftrag als SEPA-Auftrag auszuführen.

Bei einem Sammelauftrag müssen die vorstehenden Voraussetzungen bei jedem einzelnen Zahlungsauftrag erfüllt sein. Andernfalls kann der gesamte Sammelauftrag zurückgewiesen werden.

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass die Ausführung als SEPA-Zahlung auch bei Vorliegen sämtlicher obiger Angaben nur möglich ist, wenn auch die Bank des Begünstigten an SEPA teilnimmt.

2. Ausführung bzw. Zurückweisung des Zahlungsauftrages

Die Bank ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, den Zahlungsauftrag trotz mangelhafter oder fehlender Angaben gemäss vorstehender Ziff. 1 gleichwohl auszuführen, wenn diese durch die Bank zweifelsfrei berichtigt und/oder ergänzt werden können.

Fällt das gewünschte Ausführungsdatum auf einen Samstag, Sonntag oder einen Feiertag, ist die Bank berechtigt, die Belastung am unmittelbar nachgehenden Bankwerktag vorzunehmen. Der Kunde nimmt ferner zur Kenntnis, dass sich Gutschriften beim Zahlungsempfänger auch infolge ausländischer Regelungen betreffend Bankwerk- und Feiertage verzögern können.

Sind eine oder mehrere der Voraussetzungen gemäss vorstehender Ziff. 1 nicht erfüllt und wird deswegen der Zahlungsauftrag nicht ausgeführt oder die Ausführung des Zahlungsauftrags nach erfolgter Kontobelastung durch eine andere an der Zahlungsüberweisung beteiligte Partei (z.B. durch eine Abrechnungsstelle, durch das Finanzinstitut des Zahlungsempfängers) zurückgewiesen, so informiert die Bank den Kunden innert nützlicher Frist und in geeigneter Form über den Grund der Nichtausführung bzw. Zurückweisung und schreibt gleichzeitig, wenn der überwiesene Betrag bereits belastet worden ist, diesen Betrag dem betreffenden Konto wieder gut.

Ist die Bank in der Lage, den Grund für die Zurückweisung des Zahlungsauftrages selbst zu beseitigen, ist sie auch ohne Rücksprache mit dem Auftraggeber berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, den Zahlungsauftrag erneut auszuführen.

3. Gutschrift bzw. Rücküberweisungen von Zahlungseingängen

Eingehende Zahlungen werden dem Konto gemäss der im Zahlungsauftrag genannten IBAN gutgeschrieben. Fällt ein Gutschriftsdatum auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen Feiertag, ist die Bank berechtigt, die Gutschrift am unmittelbar nachgehenden Bankwerktag vorzunehmen.

Bei Zahlungseingängen ist die Bank berechtigt, die dafür erhobenen Preise vor Gutschrift vom gutzuschreibenden Betrag abzuziehen.

Eingehende Zahlungen, bei denen im Auftrag keine oder eine nicht bestehende IBAN angegeben ist oder andere Gründe eine Gutschrift verhindern (insbesondere gesetzliche oder regulatorische Vorschriften, behördliche Verfügungen, aufgehobenes Konto), werden an das Finanzinstitut des Zahlungsauftraggebers zurücküberwiesen.



Die Bank ist im Zusammenhang mit einer solchen Rücküberweisung berechtigt, allen an der Transaktion beteiligten Parteien (inkl. des Zahlungsauftraggebers) den Grund der nicht erfolgten Gutschrift bekannt zu geben.

4. Verzicht auf Datenabgleich bei Gutschrift

Als Zahlungsempfänger ist der Kunde einverstanden, dass die Gutschrift des Überweisungsbetrages einzig anhand der angegebenen IBAN und ohne Abgleich derselben mit Name und Adresse des Zahlungsempfängers erfolgt.

Die Bank behält sich vor, diesen Abgleich nach eigenem Ermessen dennoch vorzunehmen und den Zahlungsauftrag bei Nichtübereinstimmen zurückzuweisen. Bei einer solchen Rückweisung ist die Bank ermächtigt, das Finanzinstitut des Auftraggebers über das Nichtübereinstimmen zu informieren.

Als Auftraggeber ist der Kunde einverstanden, dass die Gutschrift durch das Finanzinstitut des Zahlungsempfängers einzig anhand der angegebenen IBAN und ohne Abgleich derselben mit Name und Adresse des Zahlungsempfängers erfolgt. Das Finanzinstitut des Zahlungsempfängers kann sich ebenfalls vorbehalten, diesen Abgleich nach eigenem Ermessen dennoch vorzunehmen und den Zahlungsauftrag bei Nichtübereinstimmen zurückzuweisen.

5. Währungsumrechnung/Kursrisiko

Ist das gemäss IBAN eines Zahlungsauftrages zu belastende oder gutzuschreibende Konto des Kunden kein Eurokonto, ist die Bank dennoch zur Belastung oder zur Gutschrift berechtigt, selbst wenn der Kunde unter anderer IBAN ein Eurokonto bei der Bank führt.

Der Umrechnung in bzw. von Euro in die Währung des zu belastenden bzw. gutzuschreibenden Kontos erfolgt zum Kurs des Eingangs- bzw. des Verarbeitungstages.

Allfällige Kursrisiken (z.B. bei einer Wiedergutschrift im Falle einer Zurückweisung/Rücküberweisung gemäss vorstehenden Ziff. 3 und 4) trägt der Kunde.

6. Datenbearbeitung/-weitergabe

Der Kunde (als Auftraggeber) ist damit einverstanden, dass seine Daten, insbesondere Name, Adresse, IBAN und weitere Angaben gemäss vorstehender Ziff. 1, bei der Abwicklung von inländischen und grenzüberschreitenden Zahlungsaufträgen den beteiligten Banken (insbesondere in- und ausländische Korrespondenzbanken der Bank), Betreibern von Zahlungsverkehrssystemen (wie z.B. SIX Interbank Clearing) oder SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) und den Begünstigten im In- und Ausland bekannt gegeben werden. Zudem ist er damit einverstanden, dass alle an der Transaktion Beteiligten ihrerseits die Daten zur Weiterverarbeitung oder zur Datensicherung an beauftragte Dritte in weitere Länder übermitteln können.

Im Weiteren nimmt der Kunde zur Kenntnis, dass die Daten, welche ins Ausland gelangen, nicht mehr vom schweizerischen Recht geschützt sind, sondern dem jeweiligen ausländischen Recht unterliegen und die ausländischen Gesetze und behördlichen Anordnungen die Weitergabe dieser Daten an Behörden oder andere Dritte verlangen können.

7. Änderungen der Bedingungen

Die Bank behält sich Änderungen dieser Bedingungen jederzeit vor. Solche Änderungen werden dem Kunden durch schriftliche Mitteilung oder in anderer geeigneter Form bekannt gegeben und gelten ohne schriftlichen Widerspruch des Kunden innert Monatsfrist ab Bekanntgabe, spätestens jedoch mit Erteilung des nächsten unter SEPA auszuführenden Auftrags als von ihm genehmigt.



Wichtige Information betreffend grenzüberschreitende Zahlungsaufträge

Geschätzte Kundin, geschätzter Kunde

Als Mitgliedstaat der sogenannten FATF (Financial Action Task Force on Money Laundering) hat die Schweiz deren Grundsätze zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung insbesondere in der Geldwäschereiverordnung der FINMA übernommen. In diesem Umfeld verlangt beispielsweise die Europäische Union, dass bei Geldüberweisungen an ein Finanzinstitut mit Sitz in der EU insbesondere Name, Adresse und Kontonummer des Auftraggebers einer Transaktion angegeben werden.

Mit den vorliegenden Hinweisen möchten wir Sie darüber informieren, dass die Basler Kantonalbank (BKB) diesen Verpflichtungen nachkommt und was das für Sie als Kundin bzw. Kunde im Zahlungsverkehr bedeutet.

Zur Einhaltung der genannten Vorschriften und zur Aufrechterhaltung eines effizienten Zahlungsverkehrs muss die BKB im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr sowie bei Zahlungsaufträgen in fremden Währungen insbesondere Name, Adresse und Kontonummer des Auftraggebers angeben. Zahlungsaufträge, welche diese Angaben nicht enthalten, dürfen von Banken innerhalb und in zahlreichen Ländern ausserhalb der EU nicht akzeptiert werden. Unter Umständen müssen alle diese Daten künftig auch im inländischen Zahlungsverkehr mitgeliefert werden.

Für die Abwicklung Ihrer Finanztransaktionen werden die oben erwähnten Angaben den beteiligten Banken und Systembetreibern bekannt gegeben. Bei diesen Instituten handelt es sich vor allem um in- und ausländische Korrespondenzbanken der BKB sowie um Betreiber von Zahlungs- und Wertschriften-Abwicklungssystemen, wie zum Beispiel SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication), SIX SIS AG oder auch SIX Interbank Clearing, soweit künftig der inländische Zahlungsverkehr betroffen ist.

In der Regel erhält auch der Begünstigte die Angaben über den Auftraggeber. Ausnahmsweise, etwa bei Zahlungen in einer Fremdwährung, kann auch bei Transaktionen innerhalb der Schweiz nicht ausgeschlossen werden, dass diese über internationale Kanäle abgewickelt werden und somit Daten ins Ausland gelangen. Ferner ist es möglich, dass die an der Transaktion beteiligten Banken und Systembetreiber die Daten ihrerseits zur Weiterverarbeitung oder zur Datensicherung an beauftragte Dritte in weitere Länder übermitteln.

Ihre Auftraggeberdaten, die ins Ausland gelangen, sind nicht mehr vom schweizerischen Recht geschützt. Ausländische Gesetze und behördliche Anordnungen können die Weitergabe dieser Daten an Behörden oder andere Dritte vorsehen.

Für Ihr Verständnis dafür, dass sich die BKB der Einhaltung der geltenden Regulatorien nicht verschliessen kann, danken wir Ihnen bestens.

Bei Fragen dürfen Sie sich selbstverständlich auch jederzeit an BKB-welcome, +41 (0)61 266 33 33, wenden.

Mit freundlichen Grüssen
Ihre Basler Kantonalbank

PS: Bitte geben Sie bei allen Ihren Zahlungsaufträgen in die IBAN-Länder die IBAN (Konto-Nr. des Begünstigten) und die BIC (Identifikation der Begünstigtenbank) an. Nur so kann Ihr Zahlungsauftrag vollautomatisch, d.h. ohne zusätzliche Gebühren, verarbeitet werden.



Bedingungen für die elektronische Kommunikation

Für die Benutzung der vom Kunden mit Bestätigung zur elektronischen Kommunikation gewählten elektronischen Kommunikationskanäle (E-Mail oder SMS) und den Informationsaustausch über diese Kanäle gelten die folgenden Bestimmungen:

1. Der Kunde ermächtigt die Bank, ohne zusätzliche Legitimationsprüfung über den mit einer Bestätigung zur elektronischen Kommunikation gewählten, ungesicherten Kommunikationskanal («zulässiger Kommunikationskanal») zu kommunizieren und ihm bzw. dem Inhaber des Kommunikationskanals («Inhaber») sämtliche gewünschten Auskünfte, einschliesslich solcher über die in der Bestätigung genannte Geschäftsbeziehung, zu erteilen und Dokumente zu übermitteln. Das Auskunftsrecht gilt unabhängig von allfälligen Zeichnungsrechten gemäss Unterschriftenverzeichnis der Bank.
2. Der Kunde anerkennt, dass jede bei der Bank über einen zulässigen Kommunikationskanal eingehende Mitteilung als von dessen Inhaber verfasst gilt. Die Bank behält sich vor, auf elektronische Kommunikation nicht einzutreten, wenn sie über einen anderen als einen zulässigen Kommunikationskanal eintrifft. Hat der Kunde Anlass zur Befürchtung, dass unberechtigte Personen den zulässigen Kommunikationskanal verwenden, hat er diesen unverzüglich zu widerrufen.
3. Der Kunde ist sich über die Risiken des Informationsaustausches über den von ihm gewählten zulässigen Kommunikationskanal bewusst und akzeptiert diese, so insbesondere:
 - Die Informationen werden über offene, jedermann zugängliche Netze unverschlüsselt übermittelt und sind für Dritte (z.B. Netz- und Dienstbetreiber) einsehbar, womit auch auf das Bestehen einer Bankbeziehung geschlossen werden kann. **Bankkundengeheimnis und Datenschutz können deshalb nicht gewährleistet werden.**
 - Die Informationen werden unter Umständen unkontrolliert grenzüberschreitend übermittelt, auch wenn sich Absender und Empfänger in der Schweiz befinden.
 - Unbefugte können die Kommunikation möglicherweise einsehen, verändern und die Identität des Senders (z.B. E-Mail-Adresse) und/oder des Empfängers manipulieren.
 - Der Informationsaustausch kann infolge von Übermittlungsfehlern, technischen Mängeln, Unterbrüchen, Störungen, rechtswidrigen Eingriffen, Überlastung des Netzes oder anderen Unzulänglichkeiten der Netzbetreiber und dergleichen verzögert oder unterbrochen werden. Es können Fehlleitungen oder Löschungen von elektronischer Kommunikation (z.B. E-Mails und Anhängen) verursacht werden.
4. Die Bank wendet bei der Benutzung des zulässigen Kommunikationskanals die geschäftsübliche Sorgfalt an. Sie übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit und Unversehrtheit sowie für den Empfangs- und Versandvorgang von ungesicherter elektronischer Kommunikation. Die Bank trägt den Schaden namentlich aus Verlusten, Verspätungen, Unregelmässigkeiten, Doppelausfertigungen oder aus technischen Störungen und Betriebsausfällen, soweit sie die geschäftsübliche Sorgfalt verletzt hat. Soweit die Bank die geschäftsübliche Sorgfalt angewendet hat, trägt der Kunde diesen Schaden. Insbesondere übernimmt die Bank für Schäden und andere Nachteile aus unsorgfältiger Verwendung des zulässigen Kommunikationskanals durch dessen Inhaber oder aus rechtswidrigen Eingriffen in dessen Geräte und Software keine Haftung.
5. Es liegt in der Verantwortung des Kunden, dass der zulässige Kommunikationskanal und die von ihrem Inhaber eingesetzten Geräte und Software jederzeit und fachgerecht gegen elektronische Angriffe und Benutzung durch Unberechtigte geschützt sind. Bei Zweifeln über die Herkunft erhaltener Kommunikation ist die Bank telefonisch zu kontaktieren. Die Bank empfiehlt, bei jedem neuen Versand einer Mitteilung den Adressaten neu zu erfassen und allfälligen vorgängig empfangenen Text nicht mitzusenden.
6. Die übermittelte elektronische Kommunikation wird im Rahmen des üblichen Geschäftsganges und ohne zeitliche Priorität bearbeitet. Aufträge oder Weisungen an die Bank (Vergütungsaufträge, Börsenaufträge, Saldierungsaufträge, Versandinstruktionen etc.) können nicht über den zulässigen Kommunikationskanal erteilt werden. Die Bank ist nicht verpflichtet, solche auszuführen. Personendaten werden gemäss Datenschutzerklärung der Bank bearbeitet. Die Bank empfiehlt dem Kunden, sensitive oder zeitkritische Informationen der Bank nicht über den zulässigen Kommunikationskanal zuzustellen, sondern die Bank über die dafür vorgesehenen gesicherten Kanäle zu kontaktieren (z.B. E-Banking, Mobile Banking Applikation).
7. Eine Verpflichtung zur Verwendung des zulässigen Kommunikationskanals besteht weder für den Kunden noch für die Bank. Die Bank kann die elektronische Kommunikation jederzeit unterbrechen oder aussetzen, insbesondere, wenn Missbrauch zu befürchten ist oder gesetzliche oder vertragliche Vorgaben dies erfordern. Sie kann die Annahme oder die Bearbeitung



von elektronischer Kommunikation verweigern oder von zusätzlichen Abklärungen abhängig machen. Sie behält sich vor, mit im Ausland domizilierten Personen nicht elektronisch zu kommunizieren.

Die Bank ist nicht verpflichtet, Informationen jeweils über alle zulässigen Kommunikationskanäle und/oder an allfällige mehrere Empfangsberechtigte zu versenden oder den Kunden separat über Kommunikation an den Inhaber zu informieren.

Die Bank behält sich vor, dem Inhaber Änderungen ihrer Kontaktangaben über den zulässigen Kommunikationskanal mitzuteilen.

8. Die der Bank mitgeteilten Kontaktangaben (z.B. Telefonkontakte) oder erteilten Instruktionen zum postalischen Versand oder zum Versand mittels «E-Dokumente» im Rahmen des E-Banking bleiben in Kraft und werden durch Abgabe einer Bestätigung zur elektronischen Kommunikation nicht geändert. Bestellungen von elektronischen Publikationen der Bank (z.B. Newsletters) sind von der mit einer Bestätigung zur elektronischen Kommunikation getroffenen Wahl eines Kommunikationskanals nicht betroffen. Sie werden gemäss Kundenbestellung übermittelt und sind separat abzubestellen.
9. Der mit Bestätigung zur elektronischen Kommunikation gewählte Kommunikationskanal kann vom Kunden oder vom bezeichneten Inhaber jederzeit widerrufen werden.
Soll ein bezeichneter Kommunikationskanal nicht mehr verwendet werden (z.B. Wechsel der E-Mail-Adresse oder der Mobiltelefon-Nr.) oder treffen die Angaben zum Kommunikationskanal anderweitig nicht mehr zu, obliegt es dem Kunden, den Kommunikationskanal unverzüglich zu widerrufen und ist bei Bedarf eine neue Bestätigung zur elektronischen Kommunikation über ungesicherte Kommunikationskanäle abzugeben.
10. Der zulässige Kommunikationskanal gilt ab seiner Bezeichnung mit der Bestätigung zur elektronischen Kommunikation. Mangels Widerrufs gilt die Wahl des Kommunikationskanals über den Tod des Kunden oder den Eintritt seiner Handlungsunfähigkeit bzw. seine Löschung als Firma (ohne Rücksicht auf anderslautende Eintragungen im Handelsregister) hinaus.



Information an unsere Kundinnen und Kunden – Vermeidung von kontakt- und nachrichtenlosen Vermögenswerten

Geschätzte Kundin, geschätzter Kunde

Es kommt immer wieder vor, dass Kontakte zu Bankkunden abbrechen und dass die bei der Bank liegenden Vermögenswerte kontaktlos bzw. in der Folge nachrichtenlos werden. Dies kann für alle Beteiligten zu Schwierigkeiten und ungewollten Situationen führen, insbesondere, wenn solche Vermögenswerte seitens der Kunden und ihrer Erben endgültig in Vergessenheit geraten. Die Schweizerische Bankiervereinigung (www.swissbanking.org) hat daher in Zusammenarbeit mit den Schweizer Banken Massnahmen zur Vermeidung und zur Behandlung von kontakt- und nachrichtenlosen Vermögenswerten erarbeitet, die wir Ihnen nachstehend vorstellen.

Ihr Beitrag zur Vermeidung des Kontaktabbruchs

- Bitte teilen Sie uns umgehend mit, wenn Sie Ihren Wohnsitz wechseln oder wenn die von uns verwendete Anschrift (z.B. infolge von Heirat) nicht mehr zutrifft und geändert werden muss.
- Benachrichtigen Sie uns bitte auch, wenn Sie für längere Zeit verreisen und die Mitteilungen z.B. an eine Drittadresse zugestellt werden sollen.
- Generell empfiehlt es sich, eine bevollmächtigte Person zu bezeichnen, die von der Bank im Falle von Kontakt- oder Nachrichtenlosigkeit kontaktiert werden kann.

Massnahmen der Bank im Falle von Kontaktlosigkeit

Im Falle von Kontaktlosigkeit treffen wir aufgrund der massgeblichen Standesregeln der Schweizerischen Bankiervereinigung die nachstehenden Massnahmen:

Sofortmassnahmen

Sobald wir feststellen, dass die per Post versandten Mitteilungen an einen Kunden, z.B. infolge Adressänderung, nicht mehr zustellbar sind und auch sonst keinerlei Kontakt zu diesem Kunden mehr besteht (z.B. Besuch in der Bank, Login beim E-Banking), werden wir versuchen, den Kontakt mit der gebotenen Sorgfalt wieder herzustellen und z.B. die neue Adresse in Erfahrung zu bringen. Allenfalls werden wir auch Drittpersonen mit Recherchen beauftragen. Solche Drittpersonen unterstehen derselben Geheimhaltungspflicht wie die Angestellten der Bank selbst. Das Bankkundengeheimnis bleibt somit gewahrt.

Massnahmen bei festgestellter Kontakt- und Nachrichtenlosigkeit

Bleiben unsere Nachforschungen nach einem Kontaktabbruch erfolglos oder ist ein Kontakt zum Kunden aus anderen Gründen nicht möglich, gilt die Kontaktlosigkeit grundsätzlich als festgestellt. In diesem Fall sind wir aufgrund der Standesregeln verpflichtet:

- die Vermögenswerte speziell zu markieren, bankintern zentral zu erfassen und während 10 Jahren als kontaktlos und anschliessend während 50 Jahren als nachrichtenlos zu führen;
- die Daten kontaktloser Kunden für alle Vermögenswerte mit einem Betrag von mehr als CHF 500.00 und für alle Schrankfächer der zentralen Datenbank zu melden. Auf diese durch die SIX SAG geführte Datenbank kann einzig der Schweizerische Bankenombudsmann zugreifen;
- 50 Jahre nach Eintritt der Nachrichtenlosigkeit (d.h. 60 Jahre nach dem letzten Kontakt) die Namen nachrichtenloser Kundenverbindungen, die den Vermögenswert von CHF 500.00 übersteigen oder deren Wert wie beim Inhalt von Schrankfächern unbekannt ist, auf der Internetseite <https://www.dormantaccounts.ch> zu publizieren;
- die Vermögenswerte dem Bund (Eidgenössische Finanzverwaltung) abzuliefern, wenn während der Publikationsfrist niemand einen berechtigten Anspruch auf die Vermögenswerte erhoben hat. Mit der Ablieferung der Vermögenswerte an den Bund erlöschen sämtliche Ansprüche Berechtigter.

Weiterbestand der Rechte auch im Falle von Kontakt- und Nachrichtenlosigkeit

- Die Rechte des Kunden bzw. seiner Rechtsnachfolger bleiben auch im Falle von Kontakt- und Nachrichtenlosigkeit bis zur Ablieferung an den Bund gewahrt. Dabei wird von der vertraglichen Regelung nur dann abgewichen, wenn dies im mutmasslichen Kundeninteresse liegt. So können z.B. Kontokorrent- und ähnliche Guthaben für den Kunden interessewährend, d.h. sorgfältig und, soweit möglich, ertragbringend angelegt (z.B. in Form von Spargeldern, Kassenobligationen oder einem Anlagefonds mit konservativem Risikoprofil) werden. Sparguthaben werden unverändert und zu den jeweils gültigen Zinssätzen der Bank weitergeführt. Vermögensverwaltungsaufträge werden unverändert weitergeführt, soweit das festgelegte Anlageziel nicht den offensichtlichen Interessen des Kunden widerspricht. Schrankfächer können bei ungedeckten Mietkosten sowie bei gedeckten Mietkosten zur Vervollständigung der Suchmassnahmen und im Hinblick auf die Liquidation unter Beachtung der bankinternen Weisungen geöffnet und der Inhalt kann zentral aufbewahrt werden.



Kosten

Die üblicherweise belasteten Gebühren und Kosten gelten auch im Falle der Kontakt- und Nachrichtenlosigkeit.

Darüber hinaus werden wir die entstandenen Kosten für die Nachforschungen und für die besondere Behandlung und Überwachung kontakt- und nachrichtenloser Vermögenswerte wie auch für die Publikation und die Bearbeitung offensichtlich unbegründeter Ansprüche dem entsprechenden Konto belasten. Selbstverständlich wird sich der Umfang der Nachforschungen nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit, insbesondere nach Massgabe der infrage stehenden Vermögenswerte, ausrichten.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe bei der Vermeidung von kontakt- und nachrichtenlosen Vermögenswerten.



Erläuterungen zur steuerlichen Selbstauskunft

Automatischer Informationsaustausch (AIA)

Ich nehme zur Kenntnis/Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Bank verpflichtet ist, Informationen zum Kontoinhaber/wirtschaftlich Berechtigten und zu den Vermögenswerten an die Eidgenössische Steuerverwaltung zu melden, falls der Kontoinhaber/wirtschaftlich Berechtigte in einem Staat steuerlich ansässig ist, mit dem die Schweiz ein Abkommen zum automatischen Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten abgeschlossen hat.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung ist gemäss den gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, die erhaltenen Informationen an die zuständige(n) ausländische(n) Steuerbehörde(n) weiterzuleiten.

FATCA

Ich nehme zur Kenntnis/Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Bank verpflichtet ist, Informationen zum Kontoinhaber/wirtschaftlich Berechtigten und zu den Vermögenswerten direkt an die amerikanischen Steuerbehörden (IRS) zu melden, falls der Kontoinhaber/wirtschaftlich Berechtigte sich als US Person gemäss US Steuerrecht klassifiziert.

Hinweis zur Feststellung der unbeschränkten Steuerpflicht

Die steuerliche Ansässigkeit lässt sich in einem ersten Schritt nach landesspezifischen Regelungen zur unbeschränkten Steuerpflicht bestimmen. Die Anknüpfungspunkte für eine unbeschränkte Steuerpflicht unterscheiden sich je nach Staat, wobei folgende Ansässigkeitsmerkmale schrittweise zu überprüfen sind:

- Ständige Wohnstätte in einem Vertragsstaat,
- Mittelpunkt der Lebensinteressen in einem Vertragsstaat,
- gewöhnlicher Aufenthalt in einem Vertragsstaat, oder
- Staatsbürgerschaft in einem Vertragsstaat.

Sollte eine Person aufgrund der landesspezifischen Regelungen in mehr als einem Staat als unbeschränkt steuerpflichtig gelten, so ist in einem zweiten Schritt ein allfälliges Doppelbesteuerungs-Abkommen (DBA) zwischen den beiden Staaten für die Bestimmung der steuerlichen Ansässigkeit heranzuziehen. Die sog. Prüfkaskade (sogenannte Tie-Breaker-Regeln) bestimmen in solchen Fällen, in welchem Staat eine Person steuerlich ansässig ist. Falls kein DBA zwischen den beiden Staaten besteht, welches die steuerliche Ansässigkeit einem der beiden zuweist, so gilt eine Person für Zwecke des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten in beiden Staaten als ansässig. Eine beschränkte Steuerpflicht (z.B. aufgrund von Einkünften aus Quellen in einem Staat, einer Liegenschaft, einer Beteiligung an einer Personengesellschaft oder einer Betriebsstätte) begründet in der Regel keine für den AIA relevante steuerliche Ansässigkeit. Bei Fragen zu Ihrer steuerlichen Ansässigkeit kontaktieren Sie bitte Ihren Steuerberater.